

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements - Preis: pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Kontomment: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeilungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich - Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 21. Juli 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Wandlungen der Weltpolitik.

London, 18. Juli.

Die Ereignisse der letzten sechzehn Monate eröffnen einen neuen Zeitabschnitt in der Geschichte der äußeren Politik. Alle Erwägungen und Kombinationen, die noch zu Anfang des Jahres 1904 Geltung hatten, verloren ihren Wert. Die alten Gruppierungen der europäischen Mächte sind gegenstandslos und ihre Zwecke so geringfügig geworden, daß eine vollständige Revision der Lage nötig ist. Selbstredend ist dies alles nicht einzig und allein auf den jetzt zu Ende gehenden Krieg zurückzuführen. Die Gewalt ist nicht schöpferisch, wohl aber kann sie, wenn richtig angewendet, das bereits Geschaffene zur Vollendung bringen. Der ostasiatische Krieg hat nur das innere Wirken der geschichtsbildenden Kräfte der letzten Jahrzehnte beschleunigt und systematisiert.

Dieses Wirken, soweit es sich auf die äußere Politik bezieht, geht darauf hinaus, den politischen Schwerpunkt, der infolge der Ereignisse von 1871 und 1878 auf dem europäischen Kontinente ruhte, nach dem Meere zu verlegen. Waren es bis jetzt Rußland und Deutschland, um die sich die verschiedenen europäischen Mächte je nach ihren wirklichen oder vermeintlichen Interessen gruppieren, so werden es nunmehr England, die Vereinigten Staaten und Japan sein, die in den Vordergrund der weltpolitischen Kombinationen treten.

Besonders wichtig dürften für uns die Veränderungen sein, die infolge dieser Ereignisse im innerpolitischen Leben der Völker eintreten werden. Der Glanz des russischen Absolutismus lähmt die politischen Freiheitsbestrebungen Europas, und der eiserne Mechanismus des preussischen Staates droht alle demokratischen Entwicklungen der arbeitenden Klassen Europas zu vernichten. Obwohl in der äußeren Politik im Gegensatz zu einander, sind Rußland und Preußen-Deutschland durch das Band innerer Reaktion enge mit einander verbunden. Und diese Verbindung lastete um so schwerer auf Europa, als es gerade diese beiden Staaten waren, die in der äußeren Politik die wichtigsten Faktoren bildeten und deshalb auch das innerpolitische Leben der Völker im freiheitsfeindlichen Sinne beeinflussten. Nur ist der Zarismus völlig erschüttert und die Völker Rußlands sind durch ihre vitalsten Interessen gezwungen, sich eine freiheitliche Verfassung zu geben. Dann bliebe nur noch Preußen-Deutschland, das der Freiheit gefährlich ist; allein seine diplomatische Lage ist derart, daß es bei den kommenden Neugruppierungen der Weltmächte keine entscheidende Rolle spielen können.

Bis jetzt hatte England mit zwei Gegnern zu rechnen: mit Rußland in Asien, mit Deutschland im Britischen Reich. Die Niederlagen und die Schwächung Rußlands in den letzten sechzehn Monaten haben England von einem Gegner befreit. Mit dem Falle des Zarismus muß die russische Politik eine andere Richtung nehmen. Rußland braucht der inneren Reformen, sowohl politischer wie ökonomischer. Ohne diese Reformen ist das Reich zum Niedergang verurteilt. Die inneren Reformen können unter den obwaltenden Umständen nur durchgeführt werden, wenn Rußland in seinen weltpolitischen Bestrebungen Halt macht. Es braucht den Frieden und die freie wirtschaftliche Entwicklung, aber auch die Sicherheit nach außen. Diese Bedürfnisse Rußlands können am besten befriedigt werden durch eine Allianz mit Frankreich und England. Ein konstitutionelles Rußland wird als Verbündeter Englands im ganzen britischen Reich mit Freuden begrüßt werden. Sobald Rußland auf die Eroberung Indiens verzichtet, hört jedes Mißverständnis zwischen den beiden Reichen auf. England kann aber auch sofort dem russischen Reich nützlich sein: einmal durch seinen Einfluß in Japan. Es kann ihm die Friedensbedingungen so leicht machen, wie sie sich nur mit der Existenzsicherheit Japans vertragen. Und dazu gehört nur der Verzicht Rußlands auf Korea und die Mandchurie. Sodann könnte England dem russischen Seeverkehr die Dardanellen öffnen und ihm allen maritimen Schutz gewähren, den Südrussland und seine Industrien brauchen.

In Verbindung mit England und Frankreich ist Rußland nach außen hin gesichert und kann seine Kriegsbudgets herabsetzen, die Steuerlast der Bauern erleichtern und sich der Reorganisation des Reiches ungestört widmen.

Dagegen kann es zwischen einem konstitutionellen Rußland und dem gegenwärtigen Deutschland schwerlich eine entente cordiale geben. Das offizielle Deutschland fürchtet nichts so sehr wie ein freies Rußland, wie die deutsche Politik überhaupt dazu verdammt zu sein scheint, überall für die Reaktion und gegen Reformen, für die Gewalt-haber und gegen die unterdrückten Völker zu sein. Man frage die Armenier und die Mazedonier, man frage die Polen, die österreichischen Slaven und die russischen Liberalen — und sie werden einmütig antworten: Deutschland ist die Reaktion. Die deutsche Arbeiterklasse muß noch viel größere Opfer für die Freiheit Europas bringen, ehe sie den Schoden gutmacht, den ihre Regierung dem Fortschritt und der Freiheit überall zugefügt hat.

Das Interesse, welches das britische Reich an einem Bündnis mit Rußland hat, wird ohne Zweifel das englische Kabinett veranlassen, bei Japan für Rußland ein gutes Wort einzulegen. Ebenso wird das Interesse, das Frankreich an der Lage Rußlands nimmt, das französische Kabinett veranlassen, die russische Diplomatie nachgiebiger zu machen. Denn Frankreich leidet sowohl politisch wie finanziell durch den Zusammenbruch der russischen Politik. Hätte denn die deutsche Regierung eine so drohende Haltung gegenüber Frankreich eingenommen, wenn Rußland stärker wäre? Der Zusammenbruch der russischen Macht war die Gelegenheit Deutschlands, Frankreich die gepanzerte Faust zu zeigen. Uebrigens hat Frankreich gut getan, momentan nachzugeben, um einen Konflikt aus dem Wege zu gehen.

Ein englisch-französisch-russisches Bündnis, das möglicherweise in Verbindung mit dem japanisch-russischen Frieden abgeschlossen wird, hätte auch keine aggressive Spitze gegen Deutschland. Niemand will Deutschland und seinen Besitzungen auch nur einen Zoll Boden abnehmen. Dagegen wäre ein deutsch-russisches Bündnis notwendigerweise gegen England gerichtet. Dazu könnte ein solches Bündnis nur dann zustande kommen, wenn der Zarismus aufrecht erhalten bleibt, wogegen alle liberalen Elemente Rußlands sich erheben würden. In einem offenen Briefe an Jaurès, abgedruckt in der „Humanité“, sagte vor kurzem Peter Strube darüber:

„Eine Annäherung zwischen Rußland und Deutschland würde zur unmittelbaren Folge den Zusammenbruch der französisch-russischen Allianz haben, ebenso die Entgegensetzung der englisch-japanischen Allianz, das heißt, der stärksten maritimen Koalition, gegen Deutschland und Rußland. In einem solchen Konflikt könnte Deutschland als der Verbündete Rußlands nichts gewinnen, wohl aber seine Flotte und seine asiatischen und polynesischen Besitzungen verlieren. Andererseits würde eine russisch-deutsche Allianz für Rußland die traurigsten Folgen haben. Ein freies Rußland könnte gar nicht daran denken, die Unantastbarkeit der Türkei aufrechtzuerhalten; ein freies Rußland hält es für eine wesentliche Bedingung seiner Reorganisation, sich aufrichtig mit den Polen auszusöhnen und ihnen die ausgedehnteste Autonomie zu gewähren; ein freies Rußland hat schließlich ein großes Interesse daran, daß Deutschland seine Kornzölle abschafft, deren Hauptziel doch nur ist, die Herrschaft der Junker zu stärken und die absolutistischen Ueberbleibsel in Deutschland zu erhalten. Und wenn man in einer Allianz mit Deutschland das Mittel sehen wollte, den Absolutismus zu retten oder auf irgend eine Weise die konstitutionelle Bewegung Rußlands zu hemmen, ... so würden wir russischen Demokraten eine deutsch-russische Allianz als ein nationales Unglück betrachten und einen heftigen Kampf gegen eine derartige Kombination führen. Mit einem Wort: ein Bündnis mit dem offiziellen Deutschland würde gegen die wesentlichsten Interessen des zeitgenössischen und sich erneuernden Rußlands verstoßen.“

Man kann diesen Worten nur zustimmen. Ein russisch-deutsches Bündnis setzt das Vorhandensein eines ungeborenen russischen Zarismus voraus und kann nur als ein kriegerisches Instrument gegen England betrachtet werden.

Unsere Erwägungen über die Wirkungen des japanisch-russischen Krieges auf die äußere Politik waren von dem Gedanken des englisch-deutschen Gegensatzes geleitet. Denn nach der Herstellung eines konstitutionellen Rußlands wird es tatsächlich keinen anderen tiefen Gegensatz geben als zwischen England und Deutschland, wenn letzteres den Scheinparlamentarismus auch fernerhin behält und das deutsche Volk von der Regierung ausgeschlossen bleibt. Man darf indes annehmen, daß der Zusammenbruch des russischen Absolutismus nicht ohne Wirkung auf die deutsche Regierungsweise bleiben wird. Die Vorherrschaft des offiziellen Junkertums würde erschüttert werden. Erst unter solchen Umständen könnte auf eine friedliche Lösung des deutsch-englischen Gegensatzes gerechnet werden. Und dieser Gegensatz wird jetzt mehr denn je die weltpolitischen Gruppierungen beherrschen. Bis in die letzten Jahre hinein war die Lage viel komplizierter. Rußland stand im Gegensatz zu Deutschland, Frankreich gegen England, letzteres gegen Rußland und Deutschland. Nach der Ausöhnung zwischen Frankreich und England und nach der Schwächung Rußlands bleibt nur der Gegensatz zwischen England und Deutschland, der auch beim Abschluß des japanisch-russischen Friedens eine bedeutende Rolle spielen wird. Wenn England seinen Einfluß zugunsten Rußlands bei Japan geltend machen wird, so nur aus dem Grunde, um Rußland nicht allzu sehr schwächen zu lassen und es als Gegengewicht gegen die deutschen Pläne erhalten zu können. Ebenso wird Deutschland für den Zarismus eingreifen, um ihn gegen England zu gewinnen.

Frankreich hat in diesem Punkte dasselbe Interesse wie England. Und das deutsche Vortreten in der Marokkofrage hat es den Franzosen nur allzu deutlich zum Bewußtsein gebracht, daß der Druck auf die Ofgrenze Deutschlands ausgeübt hat. Es ist ja möglich, daß diese Kraftprobe auch den Zweck verfolgte, Frankreich auf die Seite Deutschlands zu bringen, um zusammen den Versuch zu machen, den Japanern ein zweites Schimonosaki zu bereiten. Allein ein solcher Versuch wäre von vornherein verfehlt. Denn dieselben französischen Sozialisten, die Delcassés deutschfeindliche Politik durchkreuzten, haben Einfluß genug, ihre Regierung zu zwingen, auf alle Gewaltmaßregeln im fernsten Osten zu verzichten.

Uebrigens ist jetzt die Lage eine ganz andere als vor zehn Jahren. Ein zweites Schimonosaki ist nunmehr unmöglich. Deutschland hat klariert, das nicht weit von der Flottenstation Japans liegt. Ebenso wird Frankreich froh sein, wenn Japan den Neutralitätsbruch vergißt. Und Rußlands Flotten liegen am Meeresboden.

Der Ausschlagung Japans kann auf den Frieden in Ostasien nur wohlthätig wirken. Im Vereine mit England und Amerika wird Japan die Unantastbarkeit Chinas bewachen, die chinesische Souveränität wieder herstellen und das chinesische Reich dem friedlichen Wettstreit der Handelsvölker öffnen. Jene welche Gefahr für die Zivilisation Europas kann unter solchen Umständen nicht entstehen. Innerhalb wäre eine solche Gefahr viel geringer, als wenn Rußland seine Herrschaft über die gelbe Rasse ausgedehnt hätte. Japan ist nach seiner ganzen Lage von der Seeherrschaft abhängig und kann stets von den vereinigten Flotten Europas und Amerikas in Schach gehalten werden. Wer hätte aber Rußland in Schach halten können, wenn es ungeheure Armeen in China geschaffen hätte? Auch diejenigen, die die gelbe Gefahr für eine Realität halten, hätten nur die Wahl zwischen einer gelben Gefahr unter Leitung Rußlands

und einer solchen unter Leitung Japans. Die letztere wäre aber leichter zu bannen als die erstere. Aber der ganze Gedanke der gelben Gefahr ist nur der Ausdruck eines schlechten Gewissens. Die christlichen Mächte fürchten, China könnte einst Rache nehmen für die schmachvolle Behandlung, die es von Europa erfahren hat. Sollen die kapitalistischen Räuber vor dem Weltgericht zittern; das Proletariat sowie alle Freiheitsfreunde haben alle Ursache, den Japanern für die Erschütterung des russischen Absolutismus dankbar zu sein. Sie haben Europa und besonders den Deutschen und Franzosen einen unschätzbaren kulturellen Dienst erwiesen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Juli.

Zum Prozeß Hüger.

Es wird uns geschrieben:

Als vor drei Jahren die erste Broschüre des Obersten H. Hüger erschien, konnten wir mit dem besten Willen kein günstiges Urteil darüber fällen. Wir schrieben damals in „Vorwärts“, daß die Veröffentlichung der Schrift überhaupt unbegreiflich sei, denn der Oberst befände sich im Unrecht, seine Vorgesetzten aber im Recht. Wenn die Broschüre überhaupt Interesse biete, so sei es nur insofern, als sie beweise, mit welch ausdauerndem Hohn manchem militärischen Vorgesetzten ein Offizier verfolge, der sich über ihn beschwert hat. Herr Hüger sei aber nicht der Verfolgte, sondern selbst der Verfolger. Der Verlauf des Prozesses hat uns vollkommen recht gegeben. Die Ursache des Riesen-spektakels, den Oberst Hüger unter reichlicher Anwendung von Kesseln angehängen hat, war so kleinlich wie nur denkbar. Der Hauptmann Schmaßl hatte sich belustigt über den Obersten mit Recht beschwert, weil dieser in die Befugnisse des Hauptmanns eingegriffen und letzterem überdies einen schriftlichen Vorweis, der zur Kenntnis des ganzen Regiments kam, gegeben hatte. In der Bescherdenbeschrift sagte der Hauptmann, daß er „alle die tief in Kleinigkeiten des Batteriedienstes einschneidenden Bestimmungen“ des Herrn Obersten nicht im Gedächtnis behalten könne. Außerdem meinte der Hauptmann, daß der Herr Oberst solche Bestimmungen „gegebenen Falles nachträglich“ nur als Anhaltspunkte, Ratsschläge bezeichne. In den Worten „tief in Kleinigkeiten des Batteriedienstes einschneidende Bestimmungen“ erblickte Herr Hüger eine Ächtungsverletzung, weil damit seine Befehle kritisiert seien, und in den Worten „gegebenen Falles nachträglich“ eine Beleidigung, da er hinter ihnen den Vorwurf der Feigheit witterte. Und weil die Vorgesetzten gerecht urteilten und daher den Hauptmann Schmaßl nicht vor Gericht stellten, sondern den Obersten abblühen ließen, rümpfte dieser seit drei Jahren in der Presse herum und tut so, als ob er die schauerlichsten Enthüllungen machen könnte. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Militärbehörden immer so objektiv verfahren würden wie in der Sache Hüger-Schmaßl. Eine Reihe anderer Broschüren früherer Offiziere zeigt nur zu deutlich, daß dies nicht immer der Fall war.

Aber eine Angabe des Obersten Hüger müssen wir doch mit Betrachtungen verknüpfen. Der Oberst sagte nämlich, daß Soldaten seines Regiments häufig sehr schmutzig gewesen seien und auch die Reinlichkeit der Wäsche zu wünschen übrig gelassen habe. Wer beim Militär war, weiß, daß hier der Oberst wahrscheinlich recht hatte. Die äußere Sauberkeit ist in der Kaserne allerdings groß, aber die Hauptpflege liegt nach unseren Erfahrungen im argen. Der Zivilist hat gewöhnlich mehr Hemden, Unterhosen und Socken als Rode, beim Soldaten ist es umgekehrt: Er ist mit Wäsche nicht entfernt so gut ausgestattet als mit Rode und Weinleibern. Bei einer Kompagnie, die über eine wohlgefüllte Kammer verfügt, kann es passieren, daß ein Mann nur zwei Hemden, zwei Unterhosen, zwei bis 3 Paar Socken oder Fußlappen besitzt, dafür aber für ihn inklusive Paradeanzügen und Kriegsgarnitur acht Rode und acht Weinleiber vorhanden sind. Und würden die Soldaten, die mit blankgeputzten Knöpfen, sauber gebürsteten Rode und Stiefeln zur Parade ziehen, sich plötzlich auskleiden müssen, so läme gar manches Hemd zum Vorschein, dessen einziges Weiß im Grau oder auch in die Farbe übergegangen ist, die einst das Hemd der Prinzessin Isabella von Spanien am Ende der Belagerung von Ostende gezeigt haben soll. Der Reichstag bewilligt soviel Geld für überflüssige Dinge und daher könnte er sich einmal auch dazu aufschwingen, Geld für die genügende Ausstattung der Soldaten mit Wäsche zu genehmigen. Ein Soldat, der oft durchnäht wird und im Sommer schwitzen muß, daß ihm das Wasser am ganzen Körper herunterläuft, sollte in den 8 1/2 Hemden und 3 Unterhosen sowie 6 Paar Socken haben. Und besitzt ein Mann nicht soviel, so wäre es ein Gebot der Hygiene und der Reinlichkeit, ihm das Fehlende von Staatswegen zu liefern. Ferner wäre es dringend nötig, daß die notorisch weniger oder ganz unbemittelten Soldaten die Reinigung ihrer Wäsche nicht mehr selbst bezahlen müssen. Der deutsche Soldat erhält bekanntlich alle 10 Tage 2 R. 20 Pf. als Löhnung. Fordert man, daß der Mann von diesen paar Groschen auch noch seine Wäsche bezahlen soll, so ist es kein Wunder, wenn er im Wechsel der Wäsche nicht eifrig ist.

Ferner wäre die Beschaffung von ausreichender Wäsche Gelegenheit in den Kasernen ebenfalls sehr nötig. Der Soldat, der auch im Winter oft in Schweiß kommt, sollte in der kälteren Jahreszeit wenigstens einmal im Monat ein Bad erhalten. Mit Wannenbädern ist dies aber nicht gut ausführbar, weil zu viele Wannen erforderlich wären. Ein einziges Bataillon brauchte z. B. 22 Wannen, deren Auffüllung einen großen Raum beanspruchen würde. Sehr leicht könnte das Problem mit warmen Drausebädern gelöst werden. 22 Drausebäder würden wenig Platz er-

Die Inserations-Gebühr

Beträgt für die sechsheftige Kolonelle oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gemeinnützliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochen-tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

fördern und dennoch einem ganzen Bataillon vortreffliche Dienste leisten. Möge die Militärverwaltung sich die Sache überlegen, damit deutsche Soldaten, auf die das Sprichwort: „Außen hat, innen pfui“ trifft, möglichst selten werden. —

Zeugniszwangsverfahren.

Ein Zeugniszwangsverfahren allerhöchster Art ist gegen den Redakteur des „Courier“, des Zentralorgans der im Handels-, Transport- und Verkehrsgebiete beschäftigten Arbeiter eingeleitet worden. Im „Courier“ ist vor kurzem eine Aufschrift aus Stuttgart veröffentlicht worden, in der gegen einen Herrn Armbruster Anschuldigungen erhoben wurden, durch welche sich dieser beleidigt fühlte. Er hat gegen den Stuttgarter Bevollmächtigten des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter, Reimüller, den er für den Einfender der Aufschrift hält, Beschwerde erhoben. Der Redakteur prüfte aber als Zeuge geladen worden und sollte Auskunft geben, ob Reimüller der Einfender der Aufschrift ist bzw. wer die Aufschrift eingeleitet habe. In mehreren Terminen weigerte sich der Redakteur, dieses Ansuchen, das Redaktionsgeheimnis zu verraten, zu erfüllen. Daraufhin ist er am letzten Dienstag in Zeugniszwangshaft genommen worden!

Wenn in der Veröffentlichung des „Courier“ Beleidigungen eines Mannes in Stuttgart enthalten sind, so vermag dieser durch Klage gegen den Redakteur sein Recht zu finden. Mit der allergrößten Entschiedenheit aber muß zurückgewiesen werden, daß das Gericht den Redakteur der Zwangshaft überliefert, weil derselbe das Redaktionsgeheimnis wahren und nicht die Ehrlosigkeit begehen will, einen Korrespondenten seines Blattes zu verraten und auszuliefern.

Es ist übergenug über die Schändlichkeit der gesetzlichen Bestimmung gesagt worden, welche die Gerichte in die Lage bringt, ein derartiges Verfahren einzuleiten. Doch selbst die geringste Verbesserung der Justiz ist in dieser reaktionären Zeit nicht zu erreichen. Immer von neuem wiederholen sich derartige Fälle, in denen die Justiz auf Grund einer böswärtigen Gesetzesbestimmung Staatsbürger zu ehrlosen Handlungen zu nötigen unternimmt. Wir erwarten, daß die betreffende Gerichtsstelle sich bemüht wird, daß dieses Verfahren dem öffentlichen Rechtsbewußtsein ins Gesicht schlägt und daß sie das Zeugniszwangsverfahren aufhebt!

Ueber sozialpolitische Vorklagen an den Reichstag in seiner nächsten Tagung meldet die „Nationalliberale Korrespondenz“: Außer einer Vorlage wegen Vereinfachung des Krankenversicherungswesens im Zusammenhang mit der Arbeiterversicherung wird dem Reichstage eine Vorlage zugehen, die die Bestimmungen über die Sonntagsruhe besser zusammenfaßt, als dies bislang geschehen ist. Außerdem werden den gesetzgebenden Vertretungen der Nation die Erhebungen zugänglich gemacht werden, die wegen der Wirkungen der Handwerker-Gesetzgebung veranlaßt sind. Schließlich wird dem Reichstage der Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine zugehen.

Man weiß, daß hinter dem sozialpolitischen Schein sehr reale Reaktionspläne stecken. —

Die Frage der kolonialen Selbstverwaltung

Ist speziell für Deutsch-Südwestafrika akut geworden. Die Farmer verlangen, daß der bürokratische Reglementierung ein Ende gemacht und ein System der Selbstverwaltung eingeführt werde. Die jetzt bestehenden Bezirksräte, so erklärte der Führer der vorjährigen Farmerabordnung an den Reichslangler, Erdmann, seien eine Ruhe ohne Kern und Inhalt. Der Swakopmund soll habe bewiesen, daß ein Bezirksbeirat, dessen Meinungen mit denen des Bezirksamtmanns kollidierten, einfach von diesem aufgelöst werden könne. Durch das bürokratische Verwaltungssystem würde nur die kostspielige Experimentiererei gefördert. Gewäre man jedoch den Wünschen der Kolonie hinsichtlich des Einflusses auf die Verwaltung, so sei die Gefahr ausgeschlossen, daß allzuviel Lehrgeld verpulvert werde. Es sei durchaus unrichtig, daß die Verhältnisse im Lande für eine Selbstverwaltung noch nicht reif seien. Die Farmer verfügen über jebol praktische Erfahrungen, daß ihr Wunsch berechtigt sei, nicht bloß mitzuraten, sondern auch mitzutanzen. Der Farmer Erdmann erklärte ferner, daß der Reichslangler der Farmerdeputation erwidert habe, auch er sei davon überzeugt, daß eine solche Beteiligung der Bevölkerung an der Verwaltung dem Lande nur zum Vorteil gereichen könne, und daß die Frage der Selbstverwaltung bereits den Gegenstand von Erwägungen innerhalb der Reichsregierung bildet.

Man würde sich sehr darüber täuschen, wenn man glauben würde, durch die Gewährung einer Selbstverwaltung, wie sie offenbar in den Absichten der Farmer liegt, die Kostspieligkeit unserer Kolonialwirtschaft verbilligen zu können. Gerade die Farmer in Südwestafrika repräsentieren eine Art Kolonialagrarierismus, das in seinen Ansprüchen ebenso schwer zufriedenzustellen ist, wie die notleidenden Agrarier im deutschen Vaterlande. Zunächst müßte einmal festgestellt werden, wer denn an der Selbstverwaltung, der Repräsentation der Bevölkerung beteiligt werden soll. Sehr verhängnisvoll wäre es, wenn das Recht der Vertretung nur den Grundbesitzern und den Kolonialkapitalisten eingeräumt werden würde. Aber selbst wenn auch die Handwerker und Arbeiter an der Selbstverwaltung beteiligt würden, so wäre doch die Gefahr vorhanden, daß sie durch die zahlreicheren Farmer und Händler überstimmt werden. Das Mißtrauen gegen eine südwestafrikanische Selbstverwaltung muß umso größer sein, als die Ansiedler ein gut Teil der Schuld an dem Aufstände der Eingeborenen und an dem ungeheuren kostspieligen Kolonialkrieg tragen.

Andererseits ist das gegenwärtige bürokratische System noch weniger ein idealer Zustand. Das beweisen ja die traurigen Zustände, die sich in unseren Kolonien, und nicht nur in Südwestafrika, entwickelt haben. Eine Gewähr für ein vernünftigeres System in den Kolonien wäre einzig dadurch gegeben, daß man nicht nur die Selbstverwaltung der Kolonien auf demokratischer Basis einführt, wobei auch für eine entsprechende Vertretung der Eingeborenen gesorgt werden müßte, sondern daß auch der deutschen Volksvertretung die Möglichkeit einer ausreichenden Kontrolle über die kolonialen Verhältnisse gegeben würde. Eine derartige Kontrolle war bisher unmöglich. Gerade wenn man anlässlich des Aufstandes in Südwestafrika die Denkschriften durchblätterte, gewahrte man die erschreckende Inkompetenz dieser Berichte an das Parlament. Es ist in Zukunft unbedingt notwendig, daß dem deutschen Reichstag eine eingehende Darstellung und Begründung aller Verwaltungsmassnahmen in den Kolonien gegeben wird, damit vorhandene Schäden sofort erkannt und auf ihre Ursachen und die Mittel ihrer Beseitigung hin untersucht werden können. Mit ein paar armseligen statistischen Zahlen, mit dem lächerlichen Abdruck mehrerer Missionsberichte und der lakonischen Mitteilung einzelner Verwaltungsmassnahmen ist es nicht getan. Alle Vorgänge des kolonialen Lebens, speziell auch die Verhältnisse der Eingeborenen, müßten in den Denkschriften die eingehendste und wahrheitsgetreueste Würdigung finden. Nur dann besitzt das Reich, das doch die gewaltigen Zuschüsse für die Kolonien machen muß, einigermaßen die Möglichkeit einer Kontrolle. Schreitet man aber zu einer Verringerung des bürokratischen Verwaltungssystems lediglich zugunsten einer massenrührerischen Kolonialausbeutung, so werden die Zustände nicht gebessert, sondern wahrscheinlich nur verschlechtert werden. —

Odenburgisches.

Man schreibt uns:

Bei den diversen Ruchrat-Prozessen hat sich herausgestellt, daß in Odenburg gewisse Staatskügler, die berufen sind, über Recht

und Gesetz zu wachen, an verbotenen Kasardspielen sich selbst eifrig betätigt haben. Diese Enthüllungen erinnern an einen interessanten Prozeß, der sich vor Jahr und Tag in der Hauptstadt eines deutschen Vaterlandes — nicht Odenburgs — abspielte. In besagter Stadt hatte damals die „Unsitte“ dermaßen überhand genommen, daß es schließlich auch noch nicht viel besser sein, daß sich eine hochstehende Persönlichkeit veranlaßt sah, daran Bergern zu nehmen. Polizei und Justiz bekamen infolgedessen plötzlich ungemein viel Arbeit. Besonders einer Anzahl von Hoteliers, die liebedürftigen Bärchen Unterkunft gewährt hatten, ohne sie erst viel nach dem Trauschein zu fragen, ging es scharf an den Kragen. Eines Tages mußte nun auch ein großer Weinrestaurateur, in dessen separierten Logen es besonders hoch hergegangen sein soll, auf das Bankett. Er erhielt eine mehrwöchige Gefängnisstrafe. Nach Schluß der Verhandlung kam der Mann wutentbrannt in ein großes Café, wo er entrüstet erzählte, wie sehr man im Gerichtssaal an seinem unmoralischen Geschäftsbetrieb Anstoß genommen habe. „Und dabei“, fuhr er fort, „sind zwei von den Richtern, die mich verurteilt haben und der Staatsanwalt bei mir Stammgäste gewesen.“

Von klugen Männern wurde dem erbohten Wirt geraten, von dieser Sache doch nur ja nicht so viel Aufhebens zu machen, was gewiß von Vorteil für ihn sein werde. Er ließ sich dann auch beruhigen und hatte es nicht zu bereuen. Als er später seine Strafe abgesessen hatte, erzählte er, das Gefängnis sei gar kein so unangenehmer Aufenthalt, wie er sich immer gedacht habe. . . .

Die Gärung auf dem Kreuzer „Frauenlob“.

Zu den Meldungen über die Vorgänge auf dem Kreuzer „Frauenlob“ teilen nunmehr die „Kieler Neueste Nachr.“ mit: „Wichtig ist, daß unter einem Teil der Besatzung Unzufriedenheit herrscht, die sich gegen den Kommandeur richtet. Es soll auch in einer Nacht die Verschlußkammer eines Geschützes verschlossen sein — der Täter ist nicht ermittelt worden. Was aber die Meldungen bezüglich der Hinführung eines schmutzigen Regens anlangt, so charakterisieren sich diese dadurch zur Genüge, daß „Frauenlob“, während der Kaiser der Kieler Woche beivohnte, überhaupt nicht im Hafen, sondern nach der Lübecker Bucht abgegangen war. Regattenkapitän Casar ist bis heute Führer des Schiffes, das sich gegenwärtig im Flottenverband in den dänischen Gewässern befindet. Für den Herbst ist Kapitän Casar allerdings auf das Artillerieschulsschiff „Rar“ kommandiert.“

Es ist bestreudend, daß die Marineverwaltung selbst noch immer nicht Veranlassung genommen hat, in dem offiziellen Organ eine Erklärung abzugeben, was an den bereits in großen bürgerlichen Blättern eingehend erörterten Vorgängen auf dem Kreuzer „Frauenlob“ Wahres ist. Wenn sich „Frauenlob“ seinerzeit überhaupt nicht im Kieler Hafen befunden hat, so hätte sich das doch leicht amtlich feststellen lassen. Da das nicht geschehen ist, wird man alle abweichenden Erklärungen der Presse mit einer gewissen Skepsis aufnehmen müssen.

Uebrigens veröffentlicht heute Abend das „Berliner Tageblatt“ eine längere Aufschrift von „marineträuter Seite“ zum Fall der angeblichen Signalführung des Kreuzers „Frauenlob“. In dieser Aufschrift wird auseinandergesetzt, daß der oberste Urheber der „groben Disziplinardisziplin“, die in der Hinführung des schmutzigen Regens bestand, sich doch un schwer hätten ermitteln lassen müssen, da es sich doch nur um einen kleinen Kreis von verantwortlichen Personen gehandelt habe. Natürlich werde der Fall auf dem Kommandanten sitzen bleiben, selbst wenn er an dem Vorgang vollständig schuldlos sei. Der „Frauenlob“-Kommandant scheint ein besonders befähigter Offizier zu sein, da er in der Marine-Mangliste als ältester Offizier seines Jahrganges aufgeführt werde, was bedeutet, daß er die Hauptprüfung zum See-Offizier seinerzeit als erster bestanden habe. Es wäre deshalb sehr bedauerlich, wenn der Vorgang mit der Signalführung unangenehme Folgen für den Kommandanten haben würde, da bei der fortgesetzten Vergrößerung der Flotte ein Ueberfluß an befähigten älteren Offizieren wahrlich nicht vorhanden sei.

Ob nun endlich den Offizieren der Mund geöffnet wird? —

Die Bevölkerung des Deutschen Reiches hat nach der Schätzung des kaiserlichen Statistischen Amtes im laufenden Jahre 60 Millionen überschritten. Nach dem statistischen Jahrbuch ist die mittlere Bevölkerung des Jahres 1905 auf 60 164 000 Köpfe geschätzt gegen 59 384 000 im Jahre 1904 und 58 569 000 im Jahre 1903. Von 1903 zu 1904 hätte hiernach die Bevölkerung um 795 000 und von 1904 zu 1905 um 800 000 zugenommen. Die am 1. Dezember d. J. stattfindende Volkszählung wird zeigen, wie weit das rechnungsmäßige Ergebnis von dem wirklichen abweicht. Erheblich wird, so schreibt die „Voss. Ztg.“, der Unterschied nach den Erfahrungen bei den früheren Volkszählungen jedenfalls nicht sein. Die 50. Million überschritt die Einwohnerzahl Deutschlands im Jahre 1895; 1870 betrug die Bevölkerung des heutigen Deutschen Reiches 40,8 Millionen, 1855 36,1, 1816 24,8 Millionen. Man kann ungefähr berechnen, daß sich die Bevölkerung des Reiches seit 72 Jahren verdoppelt hat. —

Thorn, 20. Juli. (Privattelegramm.) Soldatengräber. Das Oberkriegsgericht des 17. Armee-Korps verurteilte heute den Sergeanten Friedrich Jilz und den Unteroffizier Stanislaus Brasse von der 7. Kompagnie des 21. Infanterieregiments wegen Mißhandlung und vorchriftswidriger Behandlung Untergebener in 59 beziehungsweise 11 Fällen ersteren zu fünf Monaten Gefängnis, letzteren zu sechs Monaten Gefängnis und Degradation. Von Degradation des Jilz wurde wegen bisheriger guter Führung Abstand genommen. Die beiden haben heute mit Fußketten, Handschellen, Ohrseigen, Stößen, Schlägen mit Knütteln etc. traktiert. —

Südwestafrikanische Verluste.

Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Nachträglich gemeldet: Geiseln im Gefecht bei Karas am 17. Juni 1905: Reiter Walter Breuße, geboren am 26. 1. 83 zu Altenburg, Bauchsöhne; Reiter Hermann Erber, geboren am 5. 9. 83 zu Scheide, Kopschuh. Reiter Karl Glöde, geboren am 21. 1. 83 zu Wümlitz, am 17. Juli 1905 im Feldlazarett 15 Hapur am Typhus gestorben. Unteroffizier Willi Maywald, geboren am 5. 8. 80 zu Regnitz, wurde am 17. Juli 1905 in Djiweri versehentlich von einem Posten angeschossen; Schuß rechten Oberarmes. —

Husland.

Zum norwegisch-schwedischen Unionskonflikt.

Beide Kammern des schwedischen Reichstages haben seit mehreren Tagen geheime Sitzungen abgehalten, um vorläufige Beschlüsse über die Unionsfrage zu fassen. Die Zweite Kammer sollte bereits am Mittwoch mit ihrem Beschluß fertig sein, Bestimmtes liegt darüber jedoch noch nicht vor. Wenn die Beschlüsse gefaßt sind, wird die Sache wiederum dem Sonderauschuß überwiesen und man nimmt an, daß dieser noch einer Woche zu seiner Arbeit bedürfen wird. — Einem Gerücht nach soll der Ausbruch in der vorigen Woche mit 12 gegen 11 Stimmen einen Antrag auf Vertagung der Angelegenheit bis zum nächsten Jahre angenommen haben. Das ist, da der Ausbruch 24 Mitglieder zählt, keine absolute Majorität. Wenn ein solcher Antrag auch in der Ersten Kammer angenommen werden würde, so ist doch ziemlich sicher, daß er von der Zweiten Kammer verworfen wird.

Die Vertagungspläne werden übrigens nicht nur in der sozialdemokratischen und liberalen Presse, sondern sogar von gemäßigten konservativen Blättern als eine Fälschung schwedischerseits bezeichnet. Ein solcher Beschluß müßte zum Abgang des Ministeriums führen. Was darauf folgen soll, darüber sind sich die Norweger feindlichen Abgeordneten offenbar selbst nicht klar. An einen Krieg gegen Norwegen glaubt wohl schwerlich irgend ein ernst denkender Mensch in Schweden, und die Norweger selbst bieten nach wie vor alles auf, um eine friedliche Regelung der Angelegenheit zu sichern.

Mit den Bedenken, die unser norwegisches Bruderorgan gegen den Plan, die Schleifung ihrer Grenzfestungen von den Norwegern zu verlangen äußerte, erklärt sich Stockholm „Social-Demokraten“ durchaus einverstanden. Das Hauptorgan unserer schwedischen Parteigenossen schreibt unter anderem:

„Unsere Chauvinisten haben so rücksichtslos in die Kriegstrompete geblasen, so verbrecherisch für ihren Vorschlag, einen Teil von Norwegen als Eszaj für die Union zu fordern, agitiert, so wenig auf die Friedensgesinnung des Volkes, der Regierung, ja, auch des Königs geachtet, daß das Mißtrauen des norwegischen Volkes gegen das von der Oberklasse regierte Schweden als durchaus berechtigt angesehen werden muß.“

Daß die Norweger unter solchem Kriegslärm des schwedischen Chauvinismus nicht gern darauf eingehen würden, ihre Verteidigungs- werke zu schleifen, scheint uns ganz natürlich. Denn solange nicht das Volk Herr im schwedischen Lande ist, kann man vor nichts sicher sein. Das zeigt hinreichend die gegenwärtige Situation. Wir hoffen übrigens, daß die schwierige Frage der Grenzfestungen keine größere Bedeutung gewinnen wird; später wird wohl die wachsende Demokratie in beiden Ländern dafür sorgen, daß die Grenzfestungen nur noch in der Erinnerung fortbestehen.“ —

Französisch-englische Freundschaftsdemonstration.

Paris, 20. Juli. Nach der Abfahrt des englischen Geschwaders von der französischen Küste sandte der König von England an den Ministerpräsidenten Roubier ein Telegramm, in dem er seinem Danke für die herzliche Aufnahme, die das große Frankreich der englischen Flotte bereitet habe, Ausdruck gab. Roubier antwortete, die Regierung der französischen Republik habe sich gefreut, durch die den englischen Offizieren und Mannschaften bereitere Aufnahme Befunden zu können, wie sehr sie sich zu dem gegenseitigen herzlichen Einverständnis beglückwünsche, welches zwischen England und Frankreich bestehe. —

Schweiz.

Die „vaterlandslosen Gesellen“ in der Schweiz.

Büsch, 17. Juli. (Eig. Ber.) In Büsch feiert man gegenwärtig acht Tage lang das eidgenössische Sängerfest. Die sogenannte eidgenössische Sängerkasse war in Bern und sie brachte und übergab in Büsch der Berner Stadtpräsident v. — von — Steiger. Wie immer bei solchen bürgerlichen Festen und insbesondere bei der Rahmenübergabe hielt er eine phrasengeschwollene Rede, in der Vaterland und Heimatland den Hauptbestand ausmachten. Und dabei gebrauchte er als feudal-republikanischer Papagei die bekannten Worte eines fremden Monarchen von den „vaterlandslosen Gesellen“, zu denen nicht zu gehören die Sänger als freie Schweizerbürger stolz seien. Das war taktlos und töricht zugleich. Taktlos, denn ungefähr die Hälfte der Büschler Bevölkerung ist sozialdemokratisch und in Bern selbst ist es ungefähr ebenso, und unsinnig, weil gerade die Sozialdemokraten erst den Besitz- und Heimatlosen das wahre Vaterland schaffen und lieb machen wollen, das ihnen heute die Kapitalisten rauben. Will man von „vaterlandslosen Gesellen“ reden, dann wende man sich an die besitzenden Klassen, die die Masse des Volkes enteignen und proletarisieren, die aus Profitwut ihre eigenen Mitbürger und Volksgenossen auf die Straße werfen, um sie durch billigere Italiener und Italienerinnen zu ersetzen, die ihr Kapital im Ausland anlegen, wenn sie 1/2 Proz. Zins mehr erhalten; die an ausländischen Unternehmungen sich beteiligen und der eigenen vaterländischen Industrie empfindliche Konkurrenz machen; die ihre Betriebe ins Ausland verlegen, wenn sie dabei mehr Profit erzielen können, und die sich dabei den Teufel darum kümmern, was aus den von ihnen zurückgelassenen Arbeitslosen wird, und die sich schließlich sogar an ausländische Regierungen wenden und sie zur Ergreifung von sozialpolitischen Maßnahmen gegen das eigene Vaterland scharf machen.

Hier sind die vaterlandslosen Gesellen und zwar ganz verächtliche Vurschen. Der Berner Bürgermeister möge sich in Zukunft, wenn er schon den geistlosen Papagei machen will, an sie wenden und ehrliche Arbeiter und Sozialdemokraten mit seiner böswilligen und törichten Beschimpfung verschonen. —

Abermalige Streikbrecherinterpellation.

Basel, 15. Juli. (Eig. Ber.) Im Großen Rat interpellierte der Mittelstandspolitiker Dr. Binder die Regierung über den „Schutz der Arbeitswilligen“. Die Quintessenz des scharfmacherischen Vorstoßes war, die Regierung zu veranlassen, ihren Beschluß, wonach ein Streikposten höchstens aus 4 Mann bestehen darf, wieder aufzuheben und diese Zahl den Streikbrechern und Ausbeutern zuliebe zu reduzieren. Der freisinnige Polizeivorsteher Regierungsrat Dr. David lehnte es aber ab, auf die Absicht der Scharfmacher einzugehen. Mit den von ihr getroffenen Maßnahmen glaube die Regierung, für den Schutz der Arbeitswilligen genügend gesorgt zu haben. Der Interpellant erklärte sich von dieser Antwort des Regierungsvorstehers nicht befriedigt, aber er hofft, die Regierung werde seinen Wünschen doch Rechnung tragen. Die zwangsweise Zurückführung der Streikenden an die Arbeit, wobei die Unternehmer keinerlei Zugeständnisse machen müßten, vermöchte wohl einzig die Ausbeuter und ihre Handlanger zufrieden zu stellen. —

Italien.

Meuterei auf einem Linien Schiff?

Der „Gela“ berichtet aus Spezia: Ein ernstes Zwischenfall, der trotz des Geheimnisses, welches ihn umgibt, durchgesickert ist, ruft großes Aufsehen hervor. Eine Meuterei soll an Bord des „Marovini“ („Morosini“? Ann. d. Red.), der augenblicklich im Hafen von Spezia liegt, ausgebrochen sein. 36 Offiziere und Matrosen seien an der Meuterei beteiligt. Ursache der Meuterei seien die übermäßigen Anstrengungen, welche der Kommandant in den letzten Tagen von der Besatzung verlangt hatte. —

Belgien.

Die Schule unter Merikalen Regiment.

Der Generalinspektor der technischen Schulen, Herr Rombaut, veröffentlicht im „Patria Belge“ eine Arbeit über belgische Schulverhältnisse. Er kommt zu dem Schluß, daß in Belgien kaum 21 Proz. der Kinder eine vollständige Elementarbildung genießen; noch im Jahre 1901 sind nach seinen Ermittlungen in Belgien 121 000 Kinder vorhanden gewesen, die keine Schule besuchten. Außerdem waren 85 000 Kinder vorhanden, die sich nicht im Besitz vollwertiger Geisteskräfte befanden, so daß sie mindestens um 3 Jahre und mehr ihren Altersgenossen zurückstünden; ferner kommen 5000 Taubstumme, 8000 mit Sprachfehlern Befallene usw. hinzu. Das sind die Folgen sowohl der wirtschaftlichen Ausbeutung der Massen, als auch der von den Merikalen betriebenen Volksverderbung, die wohl Millionen übrig haben für Kirchen und Pfaffen, nicht aber für Schulen und Lehrer. —

Dänemark.

Ein Minister, der sich unmöglich macht. Seit einigen Wochen beschäftigt sich die dänische Presse lebhaft mit dem Verkehrsminister Högberg. Es kommen allerlei Geschichten aus Tageslicht, die zwar an sich nicht politischer Natur sind, sein Verweilen im Amte aber unmöglich machen müssen. So hat er eines Tages, als er sich bei einer Mittagsgesellschaft in Kopenhagen versippte, lediglich für seine eigene Person, um eine halbe Stunde früher als mit dem nächsten fahrplanmäßigen Zug zu seiner Frau nach Hölte zu kommen, einen Extrazug abfahren lassen, wozu natürlich das ganze Personal des Bahnhofs plötzlich in fieberhafte Tätigkeit versetzt werden mußte. Als die Geschichte an die Öffentlichkeit kam, wurde berichtet, der Minister habe dann den Extrazug selbst bezahlt, wie jedoch eine Zeitung, die ihn zu verteidigen sucht,

mitteilt, ist das nicht der Fall. Er ist also offenbar der Meinung, daß ein Verkehrsminister, wenn er ein privates persönliches Bedürfnis dazu empfindet, jederzeit auf Staatskosten einen Extrazug bestellen kann. Auf einer anderen Eisenbahnfahrt brachte er seine Ministerwürde dadurch zur Geltung, daß er das Reglement für die Passagiere, das in jedem Coupé angehängt ist, unter Anwendung von Gewalt verlegte! Als er in den Wagen erster Klasse einstieg, sah da noch ein anderer Fahrgast, ein Zimmermeister, und mit diesem geriet der Minister in Streit darüber, ob das Fenster auf der Windseite geöffnet sein sollte oder nicht. Der Minister wollte es, der andere nicht; und als sein Protest nichts nützte, ging der Zimmermeister selbst hin und schloß das Fenster. Högskro aber riß es wieder auf und machte seinen Widerstand auf seine Ministerwürde aufmerksam. Dieser legitimierte sich ebenfalls und gab natürlich überhöhten seiner Meinung Ausdruck, daß auch ein Minister sich nach dem Reglement, worin zu lesen ist, daß gegen den Willen eines Fahrgastes das Fenster auf der Windseite nicht geöffnet sein darf, zu richten habe. So ging die Fahrt weiter. Später hat der Minister erklärt, daß er von einer Anzeige gegen den Zimmermeister absehen wollte; er habe sich aber seinen Namen für künftige Fälle gemerkt. Daß er sich selbst straffällig gemacht hat, scheint der Minister nicht einzusehen. Ferner wird berichtet, daß Högskro einem Bahnhofswirt in Rode gelüftigt hat, weil er für ihn einmal nicht genügend Butterbrot, für seine Frau nicht genügend Semmel liefern konnte, einem andern Bahnhofswirt in Rästved, weil er für eine Semmel den auf der Speisekarte verzeichneten Preis von 10 Öre verlangte. Wie ein moderates Blatt, das sonst das Ministerium bedingungslos unterstützt, erwähnt, sollen noch manche andere ähnliche Geschichten des Verkehrsministers passiert sein. Bleibt er im Amte, bis zum Herbst der Reichstag wieder zusammentritt, so wird ihm dort jedenfalls kein angenehmer Empfang zuteil werden. —

England.

Der starke Mann des englischen Kabinetts.

Lord Stanley, der englische Generalpostmeister, scheint in seinem Ressort ganz nach preussischem Muster zu schalten und zu walten. In der Sitzung des Unterhauses vom Mittwoch wurde zwischen ihm und einigen Abgeordneten folgendes Zwiegespräch geführt. Eine Frage des Dr. Macnamara beantwortete der Generalpostmeister dahin, daß er von seinen Bemerkungen, die er vor kurzem bezüglich gewisser Angelegenheiten seines Ressorts gemacht hatte, nichts zurückzunehmen und nichts zu modifizieren habe. Dr. Macnamara: Bleibt der Generalpostmeister dabei, die Postangestellten als Blutsauger und Expresster zu bezeichnen? Lord Stanley: Ja, habe nichts hinzuzufügen. Keir Hardie: Erklärt sich der Generalpostmeister bereit, Beauftragte des Angestelltenverbandes zu empfangen, um mit ihnen über Differenzen zu verhandeln? Lord Stanley: Nein, Herr Hardie: Will der ehrenwerte Gentleman uns das Experiment vormachen, wie man mit einer Guinea (21 Sh.) die Woche Frau und Familie erhalten kann? (Gelächter.) Dr. Macnamara: Ist der Generalpostmeister bereit, eine Deputation der Angestellten zu empfangen, um diesen Gelegenheiten zu geben, die gegen diese erhabenen Vorwürfe zurückzuweisen? Lord Stanley: Nein, Herr O'Connor: Sind nicht die Minister die Blutsauger, die unbesümmert um die öffentliche Meinung an ihrem gutbezahlten Posten kleben? —

Die dritte Lesung der Fremdenbill wurde mit 214 gegen 130 Stimmen angenommen.

Der Anlauf Walliser Kohlenfelder durch ein deutsches Syndikat erregt noch immer die englische Handelswelt und führte gestern im englischen Unterhaus zu einer zweiten Interpellation.

Sir Howard Vincent (L.) fragte an, ob das Handelsamt im Besitz amtlicher Mitteilungen in bezug auf den Verkauf von Whitworth Kohlenfeldern an ein deutsches Syndikat sei, das im Auftrag der deutschen Marine handle, und ob das Handelsamt die Käufer davon verständigen werde, daß die Regierung besondere Gesetze plane, um die Verschiffung von Kohle für den Gebrauch fremder Mächte zu verhindern. Der Unterstaatssekretär des Handelsamts erwiderte hierauf, Vincent solle nicht annehmen, daß die britische Regierung jemals etwas gegen die bloße Verschiffung von Kohle für den Gebrauch fremder Mächte im gewöhnlichen Geschäftsverkehr einzuwenden gehabt habe. Das einzige, wogegen sie sich verwahre, sei der Erwerb von irgend etwas, was einem Monopol auf Dampfkohle ähnlich sei, durch Fremde oder eine fremde Regierung. Das Handelsamt habe keine amtlichen Mitteilungen in bezug auf die genannten Kohlenfelder, sei aber der Meinung, daß sie schon längere Zeit zum Verkauf angeboten worden seien, und daß man bisher dort keine Dampfkohle gefordert habe.

Keine Munitionslieferungen für die Hottentotten. Der Kapstädter Korrespondent der „Times“ meldet, in amtlichen Kreisen seien Erhebungen angestellt worden bezüglich der in deutschen Blättern enthaltenen Angaben, daß die Bevölkerung der Kapkolonie die Eingeborenen gegen die Deutschen unterstütze und bemerkt hierzu: Abgesehen von der Tatsache, daß hier keine allgemeine deutschfeindliche Stimmung herrscht, ist die Lieferung von Waffen und Munition an die Eingeborenen unmöglich. Besonders seit dem südafrikanischen Krieg sind die Bestimmungen über das Waffentragen außerordentlich streng. Für jede Waffe, die jemand im Besitz hat ist ein Erlaubnischein erforderlich. Solche Erlaubnischeine werden nur an zuverlässige Personen verabfolgt. Es gibt infolgedessen keine Niederlagen, aus welchen die Eingeborenen sich mit Waffen versorgen könnten. —

Amerika.

Der neue Staatssekretär. John Gahs Nachfolger ist Eliza Root der frühere Kriegsminister und ein sehr erfolgreicher Rechtsgelehrter mit bedeutender Praxis, die ihm jährlich 300 000 Dollar eingebracht haben soll. Er hatte die Reichsvertretung großer Korporationen, die solche Dienste hoch bezahlen. Als Staatssekretär erhält er nur ein Jahresgehalt von 8000 Dollar. Er wurde Kriegsminister im August 1893, von Mc Kinley ins Kabinett berufen, und er behielt den Posten bis August 1903. Unter seiner Leitung wurde ein amerikanischer Generalstab eingerichtet, der dem Muster des deutschen nachgebildet wurde. Root ist 1845 geboren, wurde 1865 Schullehrer und später Advokat. 1883 ernannte ihn Präsident Arthur zum Bundesdistriktsanwalt von New York, 1894 war er Mitglied der New Yorker Staatsverfassungskonvention. Er ist im Staatsdienst wohl bewandert und besitzt das größte Vertrauen Roosevelts, der von Root's Fähigkeiten eine außerordentlich hohe Meinung hat. — Man betrachtet Root als den geeignetsten Nachfolger Roosevelts im Präsidentenamt. Diese Aussicht soll ihn bewegen haben, seine Praxis aufzugeben. —

Der Kongreß der Semstwoos.

Man hat die Semstwovertreter ruhig beraten lassen. Die russische Regierung erkannte, daß es allzu dumm wäre, diese Kundgebung zu verhindern, die für sie keinesfalls einen unmittelbar bedrohlichen Charakter hat: die Semstwovertreter sind keine Revolutionäre. Darum ließ man sie gewähren, um in der jetzigen kritischen Situation nicht noch Del in das Feuer zu gießen. Der Verlauf des Semstwo Kongresses hat auch bewiesen, daß von dieser Seite der lächerlichen Scheinverfassung, mit welcher der Zarismus das russische Volk betrügen will, keinerlei ernste Opposition droht.

Ueber den Verlauf des Kongresses liegen folgende Nachrichten vor:

Moskau, 19. Juli. Am Semstwo Kongresse nahmen 200 Personen teil. Zum Präsidenten wurde einstimmig Graf Seyden gewählt. Der Präsident des Moskauer Semtwo-

amts legte dem Kongresse die von der Verwaltung gemachten Schwierigkeiten dar. Wie sich herausgestellt, hatten diese ihren Grund in dem Gerücht, der Kongreß beabsichtige, eine konstituierende Versammlung zu proklamieren. Das Kongreßbureau gab die Versicherung, daß nichts dergleichen beabsichtigt sei. Trotzdem sich der Generalgouverneur dafür verwendete, daß dem Kongresse keine Schwierigkeiten bereitet werden sollten, erschien in der heutigen Sitzung der Polizeimeister in Begleitung von Polizeibeamten mit einer schriftlichen Aufforderung des Stadthauptmanns, die Sitzung zu schließen, und verlas Gesetze und Zirkulare, auf Grundlage welcher die Verwaltung den Kongreß für ungesetzlich hält. Der Präsident des Kongresses erklärte, er halte die Anordnung der Verwaltung für ungesetzlich, er fühle sich daher nicht verpflichtet, sie zu berücksichtigen, und werde die Sitzung nicht schließen. Der Polizeimeister forderte die Namen der Anwesenden und alle Dokumente. Als Antwort darauf erscholl: Retieren Sie ganz Rußland! Endlich gelang es der Polizei, ein Protokoll aufzulegen. Dabei hatte es sein Verwenden.

Die Unannehmbarkeit des Entwurfes Valyguin begründet der Kongreß folgendermaßen: Ein auf Vermögenszensus und Klassenteilung der Wähler sich gründendes Gesetz beraube die in Aussicht genommene Volksvertretung der Möglichkeit, die wahren Gedanken und den Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen. Der Ausschluß zahlreicher Kategorien russischer Bürger von der Beteiligung an den Wahlen widerspreche den Grundsätzen der Gerechtigkeit und einer weisen Staatspolitik. Das Fehlen der Garantien für die persönliche und allgemeine Freiheit und für die persönliche Unantastbarkeit sowie die Beaufsichtigung der Wahlen durch Verwaltungs- und Polizeibehörden schaffe eine Sachlage, bei der die Heberheftung der Wahlergebnisse mit dem wahren Willen der Wähler nicht gesichert sei. Die weiteren Gründe betreffen die nicht genügend garantierte Immunität der Volksvertreter und die fortwährende Möglichkeit administrativer Willkür gegenüber der Gesamtbewölkerung, sowie die Teilung des Bestandes der Volksvertretung in Sektionen und die Ernennung der Präsidenten der Plenarversammlung sowie der Sektionen durch die Regierung. Der vollständige Ausschluß der Öffentlichkeit der Sitzungen nehme der Gossudarstwennaja Duma den Zusammenhang mit der Bevölkerung. Im Gegensatz zu der vom Throne verkündigten Einigung des Kaisers mit dem Volke vernichte die Volksvertretung stelle das Projekt zwischen den Monarchen und die gewählten Vertreter den Reichsrat und mache die Duma von diesem abhängig. Statt eigene die Gesetzgebung betreffende Fragen zu stellen, berechtige das Projekt die Duma nur formell zur Anregung legislativischer Fragen, gestehe der Duma nur eine beratende Stimme zu und öffne Tor und Niegel für die Entscheidung der gesetzgebenden und das Budget betreffenden Fragen ohne Gutachten der Duma. Einige wichtige Teile des Staatsbudgets würden der Duma gänzlich entzogen, ebenso die Fragen der auswärtigen Politik. Außerdem gewähre das Projekt der Duma keinerlei faktische Kontrolle über die Geschäftsfähigkeit der Verwaltung.

Gleichwohl sprach sich der Kongreß im Hinblick darauf, daß eine Volksvertretung, welcher Art sie auch sein möge, als Stützpunkt für die Bewegung zugunsten der politischen Freiheit dienen könne, dahin aus, daß geeignete Vertreter der Semstwoos und Städte in möglichst großer Zahl in der Gossudarstwennaja Duma, falls diese zustande käme, vertreten sein und dort eine festgefügte Gruppe zur Erreichung der Garantien persönlicher und allgemeiner Freiheit bilden sollten.

Eine Erklärung der Zaperen des „Potemkin“.

Der „Goss. Jtg.“ wird aus Paris telegraphiert: Die drei Führer der Aufständischen des „Potemkin“, Kowalenko, Watuschenko und Chryll, veröffentlichten in der Pariser „Tribune Russe“ eine Erklärung, worin es heißt: Wir lesen den amtlichen Bericht der russischen Regierung über die Odesaer Ereignisse. Er ist ein Gewebe von Lügen und Entstellungen. Wir wollen ungefümt diese niederträchtige Herausforderung entlarven, die den Iweck verfolgt, Rassenhass zu schüren und neue Regereien von Juden, Polen und Armeniern hervorzurufen. Wir, die verantwortlichen Leiter der Matrosenbewegung, erklären, die Unterstellung der Regierung, daß jüdische Studenten und Arbeiter die Erhebung angestiftet haben, für völlig unwahr. Wie hat sich auch nur ein einziger jüdischer Arbeiter auf dem Zepedoboot 267 oder auf dem „Potemkin“ oder unter den Abgesandten des „Potemkin“ zum „Pobjedonoszew“ befunden?

Epigel-Schurkenstreich.

Aus Galatz wird über Wien berichtet, daß fünfzehn frühere Matrosen vom „Potemkin“, welche in einer Fabrik der deutschen Firma Göy dortselbst als Arbeiter eingetreten waren, von russischen Agenten auf dem russischen Dampfer „Pjesnape“ zu einem Zwischlager verlegt, dabei herausgeführt und dann zu Schiff auf der Donau über die Grenze zu dem nächsten russischen Hafen Kien gebracht wurden. Dort wurden sie den russischen Behörden ausgeliefert. Vermutlich ist die Nachricht erfunden. Die Matrosen dürften sich so leicht nicht von den Schergen überwältigen lassen.

Allerdings bestätigt auch eine Nachricht der „R. Zm.“ aus Oulareff die eifrigen Umtriebe russischer Epigel in Rumanien: Die an verschiedenen Orten Rumanens beschäftigten Matrosen vom „Potemkin“ werden fortwährend von Agenten gedrängt, nach Rußland zurückzukehren. Einer der Matrosen, der sich in Galatz aufhält, erhielt durch eine dritte Person von seiner Mutter aus Odesa einen Brief, worin diese wegen Verfolgungen, denen sie durch die russische Polizei ausgesetzt sei, die Rückkehr ihres Sohnes verlangt. Auch die Eltern und andere Verwandte anderer Matrosen vom „Potemkin“ erdulden die schrecklichsten Verfolgungen seitens russischer Behörden.

Attentatsgerüchte.

Petersburg, 20. Juli. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Die in der Stadt verbreiteten und von den Zeitungen übernommenen Gerüchte über ein gestern auf Pobjedonoszew verübtes Attentat sind ohne jede materielle Begründung. Sie wurden hervorgerufen durch die Festnahme eines jungen Mannes, der auf dem Bahnsteig des Bahnhofs in Jarskaja Selo erregt auf und abging, als Pobjedonoszew den Zug verließ. Bei dem Festgenommenen wurde nichts Verdächtiges gefunden.

Ein Selbstmord.

Petersburg, 19. Juli. Offiziell teilt der Polizeichef des Kauskas Generalmajor Schirinkin bezüglich der gestrigen Meldung des „Regierungsboten“ über die Vergiftung von zwanzig Arbeitern in den Eisenbahnwerkstätten in Tiflis mit: Wenn Arbeiter sind nach Zeugnis erkrankt, vier verließen das Krankenhaus noch denselben Tag, zwei nach zwei Tagen, drei nach vier Tagen, keiner ist gestorben. Das Wasser erwies sich als rein; in den Teekannen

finden sich Spuren von Sublimat. Der Verdacht eines Vergiftungsversuchs lenkte sich auf niemand. Die Unrichtigkeit der ersten Mitteilung ist durch die schlechte Fassung des ersten Telegramms zu erklären.

Der Krieg in Ostasien.

Die Friedensausichten.

Paris, 20. Juli. In hiesigen wohlinformierten Kreisen wird bestätigt, daß die Bitte mit den weitgehendsten Vollmachten zum Abschluß des Friedens ausgestattet ist. Infolgedessen werde sein Aufenthalt in Amerika auch nur acht Tage dauern.

Russische Rüstungen in der Mandchurie.

Tokio, 20. Juli. Wie aus der Mandchurie hierher gemeldet wird, habe der Jar unlängst an den General Linewitsch einen Brief gerichtet, worin er ihn ermutigt und ihm verspricht, die notwendigen Mannschaften und Munition zu senden, sobald er irgend braucht. Der Jar soll die Mobilmachung von vier weiteren Armeekorps angeordnet haben.

Tokio, 19. Juli. (Sassan-Meldung.) Ein hier eingetroffener nichtamtlicher Bericht gibt die Stärke der gesamten Streitkräfte Linewitschs nach Eintreffen der jüngst angekommenen Verstärkungen auf fast 400 000 Mann an. General Linewitsch macht ausgedehnten Gebrauch von den Wasserwegen zur Beförderung von Truppen, Munition und Vorräten.

Wladiwostok.

Petersburg, 19. Juli. (Sassan-Meldung.) Der Kommandeur von Wladiwostok General Kaschew ordnete an, daß alle nicht zur Verteidigung benötigten Einwohner die Stadt zu verlassen haben, da die Annäherung der Japaner die baldige Verhängung der Belagerung über Wladiwostok wahrscheinlich mache.

China und die Friedensverhandlungen.

„Daily Telegraph“ meldet aus Tokio: Es verlautet, eine der Aufgaben der chinesischen Abordnungen, welche nach allen Teilen der Welt gesandt werden, um die verschiedenen konstitutionellen Regierungssysteme zu studieren, sei darauf gerichtet, die Mächte zu veranlassen, eine internationale Konferenz einzuberufen, die sich mit den Angelegenheiten des fernsten Ostens befassen soll.

Wie das japanische Blatt „Asahi“ meldet, telegraphierte der chinesische Gesandte in Tokio kürzlich nach Peking an seine Regierung, Japan habe keinerlei Absichten auf die Mandchurie und werde diese an China zurückgeben, sobald es die Russen daraus vertrieben habe. Ueberdies sei es klar, daß Japan bestrebt sei, zusammen mit China den ostasiatischen Ländern neue Kraft zuzuführen. Japan würde vielleicht die Abtretung von Rechten der Russen in der Mandchurie verlangen. Im gegenwärtigen Zeitpunkt solle China keinen übereilten Schritt tun, denn die Folge würde nur sein, daß sich die Mächte, wie nach dem japanisch-chinesischen Kriege, in einer für China unheilvollen Weise einmischten.

Aus der Partei.

Ein Haufen Unrichtigkeiten.

Da der in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ unter obigem Titel erschienene Artikel in seiner Fassung nicht erkennen läßt, daß er nicht die Auffassung der Gesamtdaktion wiedergibt, so erklären wir, daß wir mit seinem Inhalt nicht einverstanden sind.

S. C. S. P. J.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

In der Lohnbewegung der Zahnhülzarbeiter ist seit Anfang dieser Woche keine nennenswerte Änderung eingetreten. Die Arbeiter der Firma Klotz u. Hermann, die die Forderungen bewilligt hatte, haben ohne Ausnahme die Arbeit wieder aufgenommen. Durch ein eigenartiges Mandat sucht die Firma Traut u. Co. die Anerkennung der Forderungen zu umgehen. Sie selbst bewilligt nichts, ihre Arbeiter werden aber fertig gestellt und den dabei beschäftigten Arbeitern die geforderten Löhne bezahlt, und das geschieht so: Die Firma vermietet ihre in Betrieb befindlichen Zahnhülzen an Arbeiter, Polierer usw., die nun den Arbeitern gegenüber als Unternehmer erscheinen und die geforderten Löhne zahlen. Dabei macht sowohl der vorgesetzte wie der wirkliche Unternehmer ein gutes Geschäft. Der Polierer, welcher einen Zahnhülz mietet, hat für die Arbeiter bei einem Bau 600 M. an Traut u. Co. zu zahlen, er selbst, der Mieter des Zahnhülzes, verdient auch noch 300 M. an dem Bau, obgleich er die erhöhten Löhne zahlt, von denen die Firma Traut u. Co. behauptet, daß sie dieselben nicht bewilligen könne, weil sie schon bei den bisherigen Löhnen nichts an ihren Arbeitern verdient habe. — Die am Mittwoch abgehaltene Versammlung der Zahnhülzarbeiter beschloß, die Sperre über die Firma Kietzsch u. Co. aufzuheben, weil bei derselben nur ein kleiner Teil der Arbeiter sich den Streikenden angeschlossen hat und das Weiterbestehen der Sperre augenblicklich keinen Erfolg mehr bringen kann. Es ist in Aussicht genommen, bei der Firma Kietzsch u. Co. zu geeigneter Zeit erneut in die Bewegung einzutreten.

Der Streik der Kürschner. Wesentliche Veränderungen der allgemeinen Situation sind, wie Regge gestern in einer Streikversammlung mitteilte, in den letzten Tagen noch nicht erfolgt. Die Zahl der Ausständigen hat sich Ende voriger Woche um 40 vermehrt und wird sich voraussichtlich am Sonnabend noch erheblich steigern, da an diesem Tage für viele Arbeiter und Arbeiterinnen die Abkündigungslaufzeit abläuft und sie unter keinen Umständen den Neber der Arbeitgeber unterschreiben wollen. Der schmächtige Angriff der Arbeitgeber auf das Organisationsrecht der Arbeiter hat selbst solche Gehäusen zum Widerstand geradezu aufgestachelte, die jahrelang in Berlin und eine lange Reihe von Jahren in ein und demselben Geschäft arbeiten, aber bisher nicht für die Organisation zu haben waren. Eine derartige Wirkung ihrer Maßnahmen haben die Arbeitgeber gewiß nicht erwartet. Bei der Ausdauer und Entschlossenheit der nun zum Teil schon die vierte Woche ausständigen Arbeiterinnen und Arbeiter ist, wie auch der Referent bemerkt, mit Sicherheit auf einen vollen Sieg zu rechnen.

Ein offener Brief an Herrn Viktor Wolff (Firma V. Wolff), unterzeichnet von den Vorständen der beiden Kürschnerorganisationen, wurde in der gestern erschienenen „Kürschnerwoche“ veröffentlicht. Es handelt sich hier im wesentlichen um eine Antwort auf eine Beurteilung, die der Fabrikant V. Wolff neben anderen Gesmachlosigkeiten in einer Rede, gehalten in der Arbeitgeberversammlung vom 6. Juli, gegen die Arbeiterorganisation und die Streikleitung getan hat. Er sagte unter anderem: „Kein ausländischer, intelligenter Arbeiter will noch etwas mit der Organisation zu tun haben; darum treten Sie (die Arbeitgeber und Hausindustriellen) mit Ruhe in diesen Kampf!“

Auf diese Beschimpfung der Kürschnerorganisationen und ihrer Mitglieder wird unter anderem mit folgenden Worten geantwortet: „Sie, Herr Wolff, werden doch in Ihrer Eigenschaft als Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes in Anwesenheit von 225 Personen diese Behauptung nicht wider besseres Wissen aufgestellt haben.“

Trifft dies aber zu, so müssen wir Sie als Vertreter beider Organisationen öffentlich dringend bitten, den Beweis der Wahrheit für diese Ihre Behauptungen anzutreten.

Der größte Teil der Arbeiter der Pelzbranche ist organisiert. So gehören von der Firma W. Manheimer nicht nur die Arbeiter, sondern auch familiäre Arbeiterinnen der Organisation an; dergleichen von Frau Wolf, D. Levin, Haus-

Bohleplatz, Joda u. Co.: sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Bohleplatz sind organisiert. Wollen Sie, Herr Wolff, angeht dieser Tatsache die Behauptung aufstellen, daß diese Leute alle keine intelligenten Arbeiter sind? Wollen Sie, Herr Wolff, den Beweis erbringen, daß diese unsere Mitglieder unanständige Leute sind? Bei der Firma Manheimer arbeiten Leute circa 10, 15, 20 bis 26 Jahre, sie sind über 2 Jahre bis zu 3 Jahren und länger bei uns organisiert. Herr Wolff! Ihrer Ehre sind Sie es schuldig, ungeachtet des Beweises der Wahrheit anzuerkennen!

Der Beweis der hier geforderten wird, daß gerade vielleicht die 15 Arbeitswilligen, die bei G. Wolff tätig sind, die dem Rufe ihrer Organisation nicht Folge leisten, obgleich sie organisiert waren, so hervorragend anständig und intelligent, die getreuen Mitglieder der Verbände aber mit den entgegengesetzten Eigenschaften behaftet seien, wird dem Fabrikanten zu erbringen wohl unmöglich sein. In dem Offenen Brief werden außerdem Mitteilungen über die Arbeitsmethode und Arbeitsverteilung in der Werkstätte von G. Wolff gemacht, die darauf schließen lassen, daß in der Holzindustrie von den Fabrikanten noch viel Geld verdient werden muß und infolgedessen eigentümlich berühren, als sie eigentlich mehr im Interesse des Arbeitgebers als seiner Arbeiter gelegen zu sein scheinen.

Achtung, Barbieri! Der Privat-Arbeitsnachweis des Herrn Welsch, Gr. Frankfurterstr. 65, ist nach dem Beschluß der Lohnkommission für organisierte Gehäusen und für die Arbeitgeber, die die Forderungen der Gehäusen bewilligt haben, gesperrt. Nur die Nachweise der Organisationsämter können in Anspruch genommen werden, und zwar: Rosenhallerstr. 57, Schillingstr. 15/16 und Doedenerstr. 45. Die Lohnkommission der Freieigenen.

Die Marmorarbeiter befinden sich in einer Lohnbewegung. In der Versammlung derselben, die Mittwochabend im „Englischen Garten“ tagte, berichtete die Tarifkommission über die Verhandlungen mit den Unternehmern, die vor einigen Tagen stattgefunden haben. Auf die Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden erklären die Arbeitgeber nicht eingehen zu können, da schon jetzt kaum acht Stunden, durch die vielen Unterbrechungen, gearbeitet werden. Wenn man jetzt 8 Stunden festsetzt, dann werde tatsächlich in der Folge nur 7 Stunden gearbeitet werden. Die weitere Forderung, die Akkordarbeit aufzuheben, ist gleichfalls abgelehnt und für undurchführbar erklärt worden. Demgegenüber erklärten die Versammelten, daß bereits in verschiedenen Werkstätten mit Maschinen gearbeitet werde und dadurch so schon die Akkordarbeit ausgeschlossen sei und Maschinen immer mehr und mehr eingeführt würden. Zu der Höhe der Lohnforderung selber wird erst eine Unternehmer-Versammlung speziell Stellung nehmen. Schließlich gelangte der Antrag zur Annahme: „Die Versammelten halten ihre Forderung, nur im Lohn zu arbeiten und die Akkordarbeit abzuschaffen aufrecht und beauftragen die Tarifkommission, in diesem Sinne die Verhandlungen mit den Unternehmern weiter zu führen. Da der bestehende Tarif bereits am 1. September abläuft, soll die Kommission auf möglichst schnelle Anberaumung eines Verhandlungstermins dringen.“

Wahrgeregungen von Gasarbeitern in Mariendorf. Zu den zahlreichen Betrieben der Englischen Gasanstalten in Berlin und Umgebung gehört auch das Gaswerk Mariendorf, welches zurzeit circa 250 Arbeiter beschäftigt. Im Gegensatz zu den übrigen Betrieben, in denen die Organisation den größten Teil sämtlicher Arbeiter umfaßt, war es der Direktion in Mariendorf gelungen, seit dem Jahre 1902 alle Versuche der Arbeiter, sich zu organisieren, durch Wahrgeregungen im Keime zu ersticken. Dieses oft mit Erfolg angewandte Mittel scheint aber seine Wirkung verloren zu haben. In den letzten Wochen schloß sich die Mehrzahl der Arbeiter dem Verband der städtischen Arbeiter an. Diese Tatsache veranlaßte auch diesmal die Direktion, ihr altes Mittel in Anwendung zu bringen. Am Dienstag früh wurden plötzlich zwei Vertrauensleute, der Betriebsarbeiter Prenzlow und der Schlosser Stark entlassen. Ein Versuch der Organisation, bei der Direktion in Berlin diese Wahrgeregung rückgängig zu machen, blieb vorläufig erfolglos. Am selben Abend noch nahm eine außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung der Arbeiter des Gaswerkes in Mariendorf zu der Entlassung ihrer Vertrauensleute Stellung. Die Versammlung war so stark besucht, daß das Lokal nicht imstande war, die Teilnehmer zu fassen, ein Teil mußte mit Plätzen im Garten und in den Gängen vorlieb nehmen. Posenste, ein im Jahre 1903 gewählter Gasarbeiter, entwarf in kurzen Zügen ein Bild der Bewegung unter den Arbeitern der J. G. A. Die letzten Wahrgeregungen sind nur ein neues Glied in der langen Reihe der Kämpfe um die Freigabe des Wahlrechts für die Arbeiter der Englischen Gasanstalten. Es muß endlich einmal ausgesprochen werden, daß diese ausländische Gesellschaft, die Millionen über Millionen Gewinne erzielt, die Werke mit Füssen tritt. Diesem Zustande muß ein Ende gemacht werden. Zum dritten Male stehen die Arbeiter des Gaswerkes Mariendorf vor der Entscheidung, an ihnen wird es liegen, ob die Gerechtigkeit oder die Willkür der Direktion den Sieg davonträgt. Der gewählte Arbeiter Prenzlow gab ein anschauliches Bild von den Vorgängen vor seiner Entlassung. Die Beamten waren sich wohl ihres Unrechtes bewußt, da keiner mit ihm (Prenzlow) verhandeln wollte. Der Ausspruch des Ingenieurs Bohmer, „die Gewerkschaftsbewegung führe zum wirtschaftlichen Ruin“, zeigt so recht das geringe Verständnis der leitenden Personen. Eigentümlich nimmt sich auch der Ausspruch des Meisters Friede aus, welcher erklärt, „die Handwerker können sich allenfalls im Metallarbeiter-Verband organisieren, aber für die Oasen von Arbeiter ist eine Organisation überflüssig.“

Am Dienstagmittag erschien Herr Ingenieur Bohmer im Speisesaal und hielt eine gewaltige Ansprache gegen die Arbeiter und Wähler; außerdem warnte er jeden Arbeiter vor dem Eintritt in den Verband. In der Arbeitsordnung aber ist die Erörterung derartiger Angelegenheiten unteragt. Die Versammlung wählte eine Kommission aus sieben Personen. Dieselbe soll bei der Direktion vorstellig werden, da der zurzeit bestehende Arbeiterausschuß das Vertrauen der Arbeiter nicht in dem Maße besitzt, um sie in dieser Angelegenheit zu vertreten.

Desgleichen wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die sich gegen die Entlassungen wendet und die Wiedereinstellung der Arbeiter Prenzlow und Stark verlangt. Die Resolution wird von sämtlichen Arbeitern unterzeichnet und der Direktion überreicht werden. Die Beratung weiterer Schritte bleibt einer Sitzung der Vertrauensleute und Ausschüsse überlassen. Die Versammlung hat gezeigt, daß der Schlag, den die Direktion den Arbeitern und der Organisation versetzen wollte, ein Schlag ins Wasser war und nur dazu beitragen kann, den Arbeitern die Augen zu öffnen.

Deutsches Reich.

Der „sozialdemokratische“ Bürgermeister.

Essen, 19. Juli. (Fig. Ver.) In der heutigen Stadtverordnetenversammlung brachte Herr Dr. Niemeyer bezüglich der Bauarbeiter-Aussperrung folgende Interpellation ein:

„In welchem Umfang werden durch die Aussperrung städtische Bauten betroffen? Welche Maßnahmen hat die städtische Verwaltung getroffen, um einer Schädigung vorzubeugen? Welche Schritte sind in Bezug auf den in voriger Sitzung gefassten Beschluß getan worden?“

Herr Dr. Well schloß sich dieser Interpellation an und fragte weiter:

„Welche Schritte sind geschehen und sollen noch geschehen in Rücksicht auf die Teil-Aussperrung und den in letzter Sitzung der sozialen Kommission gegebenen Auftrag?“

Der Vorsitzende, Herr Oberbürgermeister Zweigert beantwortete diese Fragen wie folgt: Bevor ich den Beschluß der letzten Sitzung ausführen konnte, mußte ich abwarten, ob die Arbeitgeber den Aussperrungsbeschluß des Bundes zur Ausführung bringen würden. In Essen haben 16 Unternehmer etwa 150 Arbeiter ausgesperrt. Weiteren Umfang hat die Aussperrung bis jetzt nicht angenommen. Städtische Bauten sind von der Aussperrung nicht betroffen; auf allen

wird noch gearbeitet. Ich habe auf morgen (Donnerstag) abend 6 Uhr die soziale Kommission zu einer Sitzung einberufen. — Zum Wort meldete sich niemand mehr. Die Interpellation war damit erledigt.

Bemerkte sei hierzu, daß der Herr Oberbürgermeister falsch unterrichtet war, denn bis heute nachmittag waren nicht 150, sondern mehr als doppelt so viel, nämlich 342 Arbeiter (174 Maurer vom Zentralverband, 114 Maurer vom Christlichen Verbands und 50 Bauhilfsarbeiter) ausgesperrt.

Der Streik der Meccaner Färber gewinnt an Ausdehnung. In Gera verzweigten die Arbeiter in den Färbereien aus Solidarität mit den Streikenden die Lieberstunden. Um 6 Uhr verließen sie die Betriebe. Ein Drittel der Beschäftigten blieb jedoch bis 8 Uhr. Die Zahl der Leute, die den Lieberstundendienst verweigerte, wäre noch größer gewesen, wenn man ihnen nicht die Garderoben verschlossen hätte.

Die Unternehmer erleiden durch Anschlag in den Betrieben folgende

Bekanntmachung. In den Betrieben unserer Mitglieder in Glauchau und Meerane sind die Arbeiter in einen Streik eingetreten, welcher von der unterzeichneten Färbereikonvention für ungerechtfertigt erklärt worden ist. Der Streik dauert seit Dienstag, den 18. Juli. Die genannten Betriebe haben ihre Betriebe nicht geschlossen, um den Arbeitswilligen Gelegenheit zu geben, zu arbeiten. Die Zahl der Arbeitswilligen ist so gering, daß der Betrieb in den genannten Fabriken nicht aufrecht erhalten werden kann. Infolge dieser Streiks sehen wir uns genötigt, zu unserem lebhaftesten Bedauern auch unsere Stadtfärbereien und Appreturen vom Montag den 24. d. M. bis auf weiteres zu schließen. Dieser Beschluß wird nur dann nicht durchgeführt, wenn bis Samstag früh den 22. Juli in den durch die Streiks betroffenen Betrieben (soweit Leute in ihr Arbeitsverhältnis eingetreten sind, daß sie ohne Störung aufrecht zu erhalten sind. (Folgen die Unterschriften aus Gera, Meerane, Greiz, Naumburg, Regensburg, Weiden, Reichensbach, Weida, Glauchau.)

Das Nachgeben der Ausständigen erscheint unwahrscheinlich, da sich ihre Zahl weiter vermehrte. Auch in Glauchau sind weitere 40 Mann in den Ausstand getreten. In Gera sind 100 Mann entlassen worden, weil sie Lieberstunden verweigerten.

Ausland.

Streiks städtischer Arbeiter in der Schweiz. Die Straßenbahner in Basel haben bis auf eine Minderheit am Sonntag den Dienst verweigert wegen Wahrgeregung ihres Gewerkschaftspräsidenten. — Die städtischen Arbeiter in Zürich haben wegen fortwährender Wahrgeregungen von Arbeitern im Gaswerk durch den herrenhändlerischen Direktor Weiz, wogegen sie beim Stadtrat keinen Schutz finden, beschlossen, ihrem Vereinsvorstand Vollmacht zu erteilen, den allgemeinen Ausstand der städtischen Arbeiter vorzubereiten und der Generalversammlung bezüglich Anträge vorzulegen.

Die „direkte Aktion für den Achtstundentag“ haben nach dem Beispiel der französischen Gewerkschaften die Gewerkschaften bzw. Arbeiterunions (Gewerkschaftskartelle) der französischen Schweiz in einer Delegiertenversammlung zu Lausanne beschlossen. Vom 1. Mai 1906 ab sollen die Arbeiter in Fabriken und Werkstätten nur noch 8 Stunden arbeiten, d. h. die Arbeit verlassen, sobald sie 8 Stunden gearbeitet haben. Für den Plan sollen auch die Arbeiterunions der deutschen Schweiz gewonnen werden, sie werden sich dafür aber kaum gewinnen lassen, da einmal eine solche Aktion überhaupt nicht ihre Sache, sondern der gewerkschaftlichen Zentralverbände und des Gewerkschaftsbundes ist und sodann die Durchführung dieser Aktion etwas schwieriger ist als einige Leute in der deutschen Schweiz glauben. Zur Orientierung sei bemerkt, daß die Gewerkschaftsbewegung in der deutschen Schweiz noch verhältnismäßig schwach und rückständig ist, daß vielfach nur minimale Beiträge erhoben werden und an verschiedenen Orten, namentlich in Genf, die Anarchisten den Ton angeben.

Versammlungen.

Der Zentralverband der Asphaltreue, Pappschneider und Berufsgenossen (Ordnungsverwaltung Berlin) hielt am Sonntag, den 16. Juli, im Gewerkschaftshaus eine Generalversammlung ab. Aus dem Klassenbericht für das zweite Quartal ist hervorzuhelien, daß insgesamt 694,25 M. eingenommen wurden, ohne den alten Klassenbestand von 88,10 M., und daß nach Abzug der Ausgaben, einschließlich der statutenmäßigen Ausführung an den Zentralverband, ein beträchtlicher Klassenbestand von 143,06 M. verblieb, worin der alte Bestand mit enthalten ist. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. — Als Kassierer wählte man Dumle. Die Wahl eines Schriftführers wurde vertagt. — Eine längere Diskussion erfolgte über die Anträge zum bevorstehenden Verbandstag in Berlin, namentlich über die anderweitige Regelung der Beitragsleistung, die erstrebt wird. Dazu lag ein Antrag vor, Beiträge nur 40 Wochen lang zu erheben, vom 1. März bis zum 30. November, und zwar a) wöchentlich 50 Pf. an Orten, wo täglich mehr als 3 M. verdient werden, und b) 40 Pf., wo 3 M. und darunter verdient werden. Dieser Antrag wurde abgelehnt, später aber nach Abklärung verschiedener anderer, die Beitragsfrage betreffender Anträge in veränderter Fassung angenommen, derart, daß es unter a) 40 Pf., unter b) 30 Pf. heißt. Die Mitglieder unter b) sollen einen um ein Viertel geringeren Anspruch an die Leistungen des Verbandes haben, und der Vorstand soll berechtigt sein, bei außergewöhnlichen Angelegenheiten (Streiks, Aussperrungen) eine Extrabeurteilung auszusprechen. — Nach den weiteren Beschlüssen zum Verbandstag soll unter anderem bei diesem beantragt werden, den Ortsverwaltungen 25 Proz. der Beitragsentnahme zu belassen, statt, wie bisher, 20 Proz. Den gestrichenen und ausgeschiedenen Mitgliedern soll der Wiedereintritt in den Verband schon durch Leistung des Eintrittsgeldes möglich gemacht werden, weshalb eine entsprechende Abänderung des § 7 des Statuts beantragt werden soll. Ein anderer der angenommenen Anträge will die unerbittliche Ausnutzung der Krankenunterstützung verhindern. Als Delegierte zum Verbandstag wurden Hoppmann und Dumle gewählt.

Die Nachwahl in Jürth-Erlangen.

Am heutigen Donnerstag findet die Wahl im Reichstagswahlkreis Jürth-Erlangen statt.

Neben dem Verlauf des Wahlkampfes wird uns aus dem Wahlkreis geschrieben:

Die jetzige Erfahrung ist die erste seit mehr als einem Vierteljahrhundert, die ohne Stichwahl entschieden werden wird. Nur zwei Kandidaten stehen sich gegenüber, zwei bisherige Vertreter des Wahlkreises, der freisinnigen Volksparteier, Münberger Magistratsrat und Lokalhistoriker Buchhändler W a r b e d, der seit 1903 den Wahlkreis vertrat und dessen Mandat wegen Gebrauchs künftiger Stimmzettel durch die Bauernbündler für ungültig erklärt wurde, und unser Genosse, Arbeitersekretär und bayerischer Landtagsabgeordneter Martin Segitz, der bis zu den letzten Hauptwahlen den Kreis im Reichstage vertreten hatte. Alle bürgerlichen Parteien haben zugunsten Warbeds nicht bloß auf die Auffstellung eigener Kandidaten verzichtet, sondern auch eine außerordentlich rege Agitationsarbeit entwickelt und Aufrufe für den freisinnigen Mandatsbewerber erlassen. Neben dem Aufrufe der freisinnigen Volkspartei und der Demokraten sind national-liberale, konservative und bauerndemokratische und solche der Mittelstandspartei erschienen. In warmen Worten wird Warbed da überall der Wählerchaft empfohlen, nicht am wenigsten dringlich in dem Aufrufe der Mittelstandsbewegung, die ihn einen warmen Freund ihrer Bestrebungen nennt. Und alle diese Unterstützung hat

sich der Anhänger Eugen Richters „voll und ganz“ erworben. Er sprach allen zu Liebe, niemandem zu Leid und erklärte sich bereit, jedermanns Interesse zu vertreten. Er brachte es fertig, in einer Versammlung das Programm der unreaktionären, vom Bunde der Landwirte finanziell geförderten Mittelstandsbewegung vorzulesen und sich ausdrücklich mit jedem Programmpunkte einverstanden zu erklären. Ebenso hat er sich die Unterstützung der Bauernbündler erworben, in den ländlichen Bezirken gab er sich als einen warmen Verfechter der bäuerlichen Forderungen. Neben den bürgerlichen Parteien wirkte für Warbed eine Anzahl in den Kreis entsandter Agitatoren des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Mit allen Arten von Flugblättern dieser Art Mittel der Verleumdung schenkenden Vereinigung wurde der Wahlkreis überschwemmt. In zahlreichen Versammlungen traten die Redner dieses Verbandes auf und stellten sich auch unseren Vertretern gegenüber. Nicht überall konnten sie in so glänzender Weise abgeführt werden wie von Warbed in Erlangen in einer zum erheblichen Teil von Begnern besuchten Versammlung.

Selbstverständlich spielte bei dieser Wahl das „schwarz-rote Bündnis“ eine große Rolle. Es wurde in dem fast rein protestantischen Wahlkreise außerordentlich stark gegen uns ausgenützt, obgleich tatsächlich bei der künftigen Landtagswahl eine Reihe von Zentrumsleuten sich als liberale Wahlmänner aufstellen ließen und auch bei der Reichstagswahl eine Unterstützung unseres Kandidaten durch Zentrumsstimmen überhaupt nicht, oder nicht in irgendeiner wirkungsvollen Weise in Betracht kommen kann. Jedenfalls haben die freisinnigen Wahlmänner kein Mittel gescheut, um auch die Zentrumsstimmen für ihren Kandidaten zu gewinnen. Durch den großartig organisierten Schleppdienst, bei dem die Studentenschaft von Erlangen und ein ganzer Automobilpark zur Verfügung stehen, wird so mancher Zentrumsmann mit freisinnigen Stimmzetteln an die Wahlurne gebracht worden.

Warbed ist als einer der vorurteilslosesten und energischsten Wahlmänner bekannt. Seine Anhänger scheuten auch nicht das Mittel direkter Fälschung. So haben sie am Dienstag in alle bürgerliche Zeitungen die Nachricht lanciert, daß Segitz den Bauernbündlern die sozialdemokratischen Wahlmännerstimmen angeboten habe, um sämtliche drei Landtagsitze den Agrariern zuzuschlagen. Auch der „Frankfurter Zeitung“, die im unsittlichen Wahlkreise von großem Einflusse ist, hat ihr freisinniger Korrespondent diese Nachricht sofort telegraphiert. Die Feststellung unserer Parteipresse, daß diese Behauptung in jeder Hinsicht erfunden ist, wurde völlig ignoriert und rücksichtslos die Wahllüge weiter ausgenützt.

Daß es unter diesen Verhältnissen fast unmöglich war, den Wahlkreis den vereinigten bürgerlichen Parteien zu entreißen, ist klar. Von unserer Partei wurde mit großem Eifer gearbeitet. Warbed, Haller, Ad. Müller, Sidelum, Vollmar und selbstverständlich alle unsere Kräfte im Münberger und Jürther Wahlkreise hielten zahlreiche Versammlungen ab, auch unsere Organisation war trefflich ausgebildet. Von Wahlmüdigkeit war trotz der eben abgeschlossenen Landtagswahl nichts zu verspüren. Unsere Genossen gingen mit dem größten Eifer an die Arbeit, obgleich sie sich der außerordentlichen Schwierigkeiten und der geringen Wahrscheinlichkeit des Sieges wohl bewußt waren.

Bedeutungsvoll für den Wahlkampf war die Tatsache, daß in dem Bezirke, in dem lange Jahre eine überaus milde Tonart in unserer Partei herrschte, in dem auch mannigfache Kompromisse unserer Partei bei Gemeinderats-, Landtags- und Reichstagswahlen üblich waren, eine Schärfe des Klassenkampfes sich eingestellt hat, wie sie kaum irgendwo in Deutschland bisher konstatiert werden konnte. So reinigend und klärend und für die Zukunft viel versprechend diese Tatsache ist, so merkwürdig ist gleichzeitig die gänzliche Aufgabe aller Prinzipien durch die freisinnige Volkspartei. Von ihrem Programm, von ihren Aufgaben sprachen die freisinnigen Redner, die Warbed und Wugdan nie, für sie galt es nur, die Parteiunterschiede im Bürgerium auf das vollkommenste zu verwischen, durch ein vollgestelltes Maß von Verleumdungen und Verdrehungen die Sozialdemokratie zu belumpfen, alles daranzusetzen, das Mandat zu gewinnen, so wie es auch die Aufgabe des letzten Grundgesetzes. So ist diese Wahl vom höheren Standpunkte der Parteipolitik in jedem Falle ein ebenso großer Gewinn für uns wie die tiefste moralische Niederlage der freisinnigen Volkspartei.

Bei der Hauptwahl 1903 wurden von 34 120 Wahlberechtigten 26 946 = 78,5 Proz. abgegeben. Davon erhielten: Segitz (Soz.) 12 031, Warbed (fr. Vp.) 6448, Graf du Moulin-Edart (natl.) 3657, W e d d (L.) 2866 und Schädler (Z.) 1351 Stimmen.

Bei der Stichwahl wurden 20 058 = 58,8 Proz. Stimmen abgegeben. Davon erhielten: Segitz 13 553, Warbed (fr. Vp.) 15 505; letzterer siegte daher mit einem Mehr von 1952 Stimmen.

Jürth, 20. Juli. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Das Resultat der Reichstagsnachwahl im Wahlkreise Jürth-Erlangen ist ungewiß; wahrscheinlich hat der „freisinnige“ Kandidat Warbed 600 Stimmen mehr. Genaue Ziffern liegen bis jetzt nicht vor.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Semstwo Kongress in Moskau.

Moskau, 20. Juli. (W. Z. V.) Die heutige Sitzung des Kongresses der Vertreter der Semstvos und Städte wurde von der Polizei nicht gestört. In dem Kongresse wurde eine Resolution beantragt dahingehend, den tiefen Unwillen über die Willkür der Vertreter der Administration auszudrücken. Der Vertreter der Awerischen Semstvos, Roberti, erklärte, daß, nachdem die Polizei in eine Privatreue eingedrungen sei, eine derartige Resolution nicht mehr genüge. Hierauf wurde das Bureau mit der Ausarbeitung eines neuen Entwurfs beauftragt. Der vom Kongressbureau ausgearbeitete Entwurf einer Konstitution wurde mit 220 gegen 7 Stimmen ohne Abänderung angenommen.

Am Schluß der heutigen Sitzung des Semstwo Kongresses wurde folgende Resolution angenommen: Im Hinblick auf die in letzter Zeit häufig vorgekommenen Verletzungen der Persönlichkeiten und allgemeinen Rechte russischer Bürger durch Verwaltungsbeamte, Verleumdungen, die nicht nur den sittlichen Forderungen, sondern auch den Erklärungen der höchsten Gewalt und den bestehenden Gesetzen widersprechen, beschließt der Kongress, seinen tiefen Unwillen hierüber auszudrücken und bittet die feste Überzeugung, daß derartige Handlungen entsprechend geahndet werden. — Der Kongress ersucht die in der Öffentlichkeit wirkenden Männer, in dieser Beziehung geschädigte Personen in Schutz zu nehmen und sich zu bemühen, die Beweise für die Verletzung der Rechte dieser Personen durch die Behörden beizubringen.

Budapest, 20. Juli. Der Minister des Innern hat den Beschluß der Budapest Gemeindebehörde kassiert, der den städtischen Beamten verbietet, auch freiwillig gezahlte Steuern an die Staatskasse abzuliefern. Der Beschluß, der die Eintreibung vom Reichstag nicht bewilligter Steuern verbietet, bleibt in Kraft.

Kristiania, 20. Juli. (W. Z. V.) Der Storting beschloß heute, den Fleischzoll unverändert auf 10 Öre per Kilogramm festzusetzen.

Aus Industrie und Handel.

Fleischnot. Der gestern erörterte polemische Artikel der Zentralen für Viehverwertung gegen den „Vorwärts“ stellt die Behauptung auf, daß die deutsche Viehproduktion für den Bedarf der deutschen Bevölkerung völlig ausreiche, denn es läge heute ein höherer Viehstand auf den Kopf der Bevölkerung als im Jahre 1888. Die Angabe, daß der Viehstand noch etwas schneller zugenommen hat als die Bevölkerung, stimmt, nicht aber die Folgerung, daß deshalb mehr als genügend Schlachtvieh vorhanden sein müsse; denn die Viehzucht hat teilweise andere Bahnen eingeschlagen. Die rapid wachsende Bevölkerung der größeren Städte macht die Versorgung immer weiterer Kreise der landwirtschaftlichen Bevölkerung zur Milchversorgung notwendig und diese bedingt den Übergang einer stetig steigenden Zahl von Viehzüchtern resp. Landwirten von der Viehmastung zur Milchviehwirtschaft. Damit ist aber eine völlige Veränderung des Viehbestandes verbunden. Das Jungvieh verschwindet fast ganz aus den Ställen, in welchen die Milchgewinnung vorherrscht, denn die Kühe werden so bald als möglich verkauft. Von der Aufzucht von Schlachtochsen kann natürlich erst recht keine Rede sein, und die alten ausgerichteten Milchkuhe, die am Ende ihrer Tage mit Trebern und Brauntweinschlempen noch „gemästet“ werden, können keinen Ersatz bilden. Man veranstaltet doch einmal eine Enquete darüber, wieviele landwirtschaftliche Betriebe in der Umgebung der größeren Städte noch Mastvieh produzieren. Man wird eine verschwindend kleine Zahl erhalten. Auch die von der amtlichen Statistik konstatierte Zunahme des Stückgewichts beruht in erster Linie auf der Ausdehnung der Milchviehwirtschaft, was auch ganz natürlich und außerdem aus der amtlichen Statistik unmittelbar ersichtlich ist. Während das berechnete Lebendgewicht für Ochsen und Stiere von 750 000 Tonnen im Jahre 1888 auf 740 000 Tonnen im Jahre 1900 zurückgegangen ist, stieg das Gewicht der Kühe im demselben Zeitraum von 3 452 619 auf 4 633 923 Tonnen. Diese Differenz beweist deutlich den Mangel an vollwertigem Schlachtvieh. Dabei ist als absolut sicher anzunehmen, daß seit 1900 noch eine weitere Verschiebung zugunsten des Mastviehs stattgefunden hat. Es ist nicht anzunehmen, daß den Herren Agrariern (soweit sie praktische Landwirte sind und keine Salonbauern) die beiden oben angeführten Tatsachen, der gesteigerte Fleischkonsum in allen Schichten der Bevölkerung und die durch stetige Ausdehnung der Milchviehwirtschaft bewirkte Verminderung des guten Schlachtviehs unbekannt sind. Wenn sie trotzdem, um die Preise hochzuhalten, unter Berufung auf die amtliche Statistik die tatsächliche vorhandene Fleischnot leugnen, so ist das einfach, wie gesagt, Quabung.

Betriebsvergrößerungen im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier. Das bei der Erneuerung des Rheinisch-westfälischen Kohlenyndikats zur Geltung gelangte Statut bestimmt, daß die den einzelnen Mitgliedern bewilligten Beteiligungssummen bis zum Jahre 1915 ihre Gültigkeit behalten. Vergrößerungen der Förderungsanlagen also nicht zur Förderung einer Erhöhung der Anteilsquote an der Gesamtförderung des Syndikats berechtigen. Diese Bestimmung verhindert, daß die Bergengesellschaften durch neue Schachtanlagen z. B. ihre Förderung zu vermehren vermögen; sie sind an die festgesetzte Quote gebunden. Da aber nun einmal der Ausdehnungsdrang in ihnen siedet, so richten sie neuerdings ihr Augenmerk mehr als bisher auf die Kohleproduktion und vor allem auf die Gewinnung von Nebenprodukten, und zwar sind es naturgemäß in erster Reihe die sogenannten „reinen“ Kohlenwasserstoffe, die zu diesem Mittel einer Erweiterung ihres Geschäftskreises greifen. So errichtet z. B. wie der „Voss. Ztg.“ aus Essen gemeldet wird, die Hesperer Bergbau-Alt.-Ges. auf der Zeche „Hugo“, Schacht II, eine Batterie von 80 Koksöfen, eine Ammoniakfabrik zur Gewinnung von Ammoniak nebst chemischen Nebenprodukten, sowie eine Separation mit Koksbläuen. Auf der Koksereianlage in Port Clarence der Alt.-Ges. für Kohlendestillation in Wesselsloh wurde die Erweiterung um 60 Öfen zu Ende geführt. Zum Schluß des Geschäftsjahres kam die neue Kokserei von 80 Öfen mit Gewinnung von Nebenprodukten auf Zeche „Konstantin der Große“ in Betrieb. Die Verwaltung der Gewerkschaft Mont Cenis hat beschlossen, bei „Mont Cenis I“ 80 Koksöfen mit Gewinnung von Nebenprodukten zu erbauen, die voraussichtlich am 1. Oktober d. J. mit der Produktion beginnen dürfen. 60 neue Öfen mit Zerkleinerung sind auf Zeche „Neumühl“ errichtet worden. Eine neue Zerkleinerung, wodurch die Produktion um 20 000 Tonnen stieg, hat der Röhler Bergwerksverein in Betrieb genommen. Auf Zeche „Christian Levin“, die dem Essener Bergwerksverein König Wilhelm gehört, sind 70 neue Öfen in Betrieb gekommen. Auf Zeche „Wolfsbank“ sollen die 60 alten Öfen abgebrochen und durch neue mit Nebenprodukten ersetzt werden. Auf Zeche „Heinrichsburg“ der Gewerkschaft König Ludwig werden 80 neue Öfen errichtet, wofür allerdings 100 alte außer Betrieb kommen sollen. Die Gewerkschaft verfügt dann über 220 Öfen, sämtlich mit Nebenproduktgewinnung. Auf Schacht „Joachim“ der Gewerkschaft Königin Elisabeth ist eine Kokserei mit Nebenproduktgewinnung geplant. Durch die neue Batterie auf Gewerkschaft Friedrich der Große erhöhte sich die Leistungsfähigkeit der beiden Koksereien mit 130 Öfen auf 200 000 Tonnen, so daß eine Erhöhung der Beteiligung beantragt ist. Die Gewerkschaft Graf Schwerin errichtet eine neue Zerkleinerung. Auf Schacht III der Bergbau-Alt.-Ges. „Waffen“ ist eine neue Kokserei mit Gewinnung von Nebenprodukten in Betrieb gekommen. Am 1. August soll auf der Zeche „Königsborn“ eine neue Batterie von 60 Öfen mit Nebenprodukten in Betrieb genommen werden. Zwei neue Batterien zu je 30 Öfen errichtet Zeche „Erlene“. Eine zweite Kokserei wird auf Zeche „Bruchstraße“ eröffnet.

Zur Entwicklung der Eisenbahnen. Nach dem letzten Heft des im preussischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten herausgegebenen „Archivs für Eisenbahnwesen“ hatte das Eisenbahnnetz der Erde am Ende des Jahres 1903 einen Umfang von 859 855 Kilometer. Im Jahre 1903 sind 21 139 Kilometer neu in Betrieb gekommen, fast genau dieselbe Anzahl wie im Jahre 1902 (21 461 Kilometer), und auch der prozentuale Zuwachs ist nahezu der gleiche (2,5 Proz. gegen 2,6 Proz. im Vorjahr). Die meisten Eisenbahnen hat Amerika mit 432 818 Kilometer, darunter allein die Vereinigten Staaten 334 634 Kilometer. Es folgt Europa mit 300 429 Kilometer, Asien mit 74 546 Kilometer, Australien mit 26 722 Kilometer, an letzter Stelle befindet sich immer noch Afrika mit nur 25 089 Kilometer.

Die Reihenfolge der wichtigsten Staaten nach der Ausdehnung des Eisenbahnnetzes hat sich im Jahre 1903 nicht geändert. Auf die Vereinigten Staaten von Amerika mit 334 634 Kilometer folgt das Deutsche Reich mit 54 426 Kilometer, in sehr kurzem Abstande das europäische Rußland einschließlich Finnland mit 53 288 Kilometer, Frankreich mit 45 228 Kilometer, Britisch-Indien mit 43 372 Kilometer, Österreich-Ungarn mit 38 818 Kilometer, Großbritannien und Irland mit 36 148 Kilometer, Kanada mit 30 696 Kilometer. Die übrigen Staaten bleiben sämtlich unter 20 000 Kilometer.

Im „Archiv für Eisenbahnwesen“ ist auch der Versuch gemacht, die Anlagelosten aller Eisenbahnen der Erde zu schätzen. Es sind für die Eisenbahnen verschiedener Länder die nach der Statistik wirklich verwendeten Anlagelosten zusammengestellt, und zwar getrennt für Eisenbahnen in Europa und für Eisenbahnen in den übrigen Ländern, weil die letzteren im allgemeinen einfacher ausgeführt und ausgerüstet sind, als die europäischen Bahnen. Aus der Summe der angegebenen Anlagelosten berechnet sich der Durchschnittskostenbetrag eines Kilometers Bahnlänge für Europa auf 202 938 M., er ist nicht unerheblich geringer als im Vorjahre, in dem er 209 272 M. betrug. Es hat dies seinen Grund hauptsächlich darin, daß im Jahre 1901 aus Ungarn die genauen Zahlen nur für die 8081 Kilometer der ungarischen Staatsbahnen bekannt

waren, bei denen das Kilometer durchschnittlich 245 557 M. gekostet hatte, während für das Jahr 1902 alle ungarischen Bahnen (17 412 Kilometer) mit einem kilometerweisen Kostenbetrag von nur 164 408 M. berücksichtigt sind. Bei den übrigen Erdteilen betrugen die Durchschnittskosten eines Kilometers 149 208 M.

Werden diese Durchschnittsbeträge sämtlichen Eisenbahnen zu Grunde gelegt, so ergeben sich als Anlagekapital für Europa 88 007 Millionen Mark, für die übrigen Erdteile 83 895 Millionen Mark, insgesamt für alle im Jahre 1903 in Betrieb gewesenen Eisenbahnen der Erde also rund 171 1/2 Milliarden Mark.

Österreich-Ungarns Außenhandel. Nach dem amtlichen Ausweis über den auswärtigen Handel Österreich-Ungarns bezieht sich die Einfuhr von Januar bis einschließlich Juni 1905 auf 1078,6 Millionen Kronen, das ist ein Mehr von 72,4 Millionen, die Ausfuhr dagegen auf 968,7 Millionen Kronen, das ist ein Weniger von 79,6 Millionen gegenüber demselben Zeitraum des Vorjahres. Das Passivum der Handelsbilanz beträgt somit 107,9 Millionen gegen ein Aktivum von 44,1 Millionen im Vorjahre.

Soziales.

Generalversammlung der Zentral-Krankenkasse der Maurer zc. „Grundstein zur Einigkeit“.

In der weiteren Verhandlung wird die Veränderung der Beiträge diskutiert. Durch ein Steigen der Mitgliederzahl in der Zeit von 1901—1904 um 40 Proz., die Verlängerung der Unterstützungs- und Erhöhung der ärztlichen Forderungen konnte der Reservefonds nicht entsprechend der Ausgabe anwachsen. Es stellte sich schon beim Abschluß 1904 heraus, daß das Vermögen der Kasse um circa 100 000 M. geringer war, als die Jahresausgabe, so daß ein Weg gefunden werden muß, um mindestens ein Zehntel der Einnahme dem Reservefonds zuzuführen. Einen Antrag des Vorstandes, der diesem das Recht einräumt, den Reservefonds, wenn erforderlich, dadurch auf die geforderte Höhe zu bringen, daß die Beiträge zeitweise erhöht werden, lehnt die Generalversammlung ab, da die 2/3 Majorität nicht vorhanden war. Es wurde der Wunsch laut, daß eine außerordentliche Generalversammlung einen Beschluß zur Aufbringung weiterer Mittel herbeiführen könnte, wenn die Notwendigkeit vorliegt. Die Kasse zählt den Mitgliedern nach einjähriger Karenzzeit, in der die gesetzliche Unterstützung gewährt wird, 40 Wochen Krankengeld. Man beschränkt dies nun dahin, daß für jeden innerhalb eines Jahres nach dem letzten Krankengeldbezug eintretenden neuen Unterstütztenfalls ebenfalls nur 20 Wochen, die allgemeine gesetzliche Unterstützung gewährt wird. Anträgen, die Leistungen der Kasse durch erhöhtes Krankengeld, durch Erhöhung der Angehörigen-Unterstützung für im Krankenhaus untergebrachte Mitglieder und erhöhtes Krankengeld zu heben, kann jetzt nicht entsprochen werden. Ebenso geht man nicht auf den Antrag ein, Hinterbliebenen von durch Unfall gestorbenen Mitgliedern das von den Berufsgenossenschaften vergütete Sterbegeld zuzulassen zu lassen. Dagegen erklärte man sich auch nicht damit einverstanden, die Leistungen der Kasse herabzusetzen.

Berliner Kaufmannsgericht.

Um an der Beerdigung seiner Mutter teilzunehmen war der Vertreter des Chefs des Exportgeschäftes von Trost nach Bern gereist, während der Chef in Wiesbaden war und kein anderer als ein kaum fünfzehnjähriges Mädchen im Kontor zurückblieb. Als er zurückkehrte, wurde er ohne Kündigung entlassen. Er hatte einige Wochen vorher schon mit Erlaubnis des Chefs seine Mutter während ihrer Krankheit besucht, war aber dabei nach Meinung des Chefs länger als notwendig ausgeblieben. Außerdem berief sich der Chef für die plötzliche Entlassung darauf, daß der Kläger auch sonst ohne Entschädigung vom Geschäft ferngeblieben und oftmals zu spät gekommen sei. Das Gericht wies auf Grund all dieser Fälle den Kläger mit seinem Anspruch auf Gehaltsentschädigung ab. Der Prinzipal habe zweifellos das Recht, auch auf frühere Fälle zur Begründung der Entlassung zurückzugreifen. Aus dem Gesamtbild der Fälle habe sich aber ergeben, daß er berechtigt war, den Kläger zu entlassen. — Vor der Entscheidung des Gerichtes wurde nach dem Kurzbuch festgestellt, daß der Kläger von seinen Reisen nach der Schweiz früher zurückkehren konnte und sein Einwand, daß er ein Willett 8. Klasse hatte, wurde für nicht stichhaltig erachtet, da er bei seinem ziemlich hohen Gehalt in diesem Falle 2. Klasse hätte fahren können, um schneller wieder hier zu sein.

Nur auf Provision stellt die Firma August Scherl ihre Reisenden an, wie der Vertreter der Firma vor dem Kaufmannsgericht erklärte, und auch nur mit vierwöchiger Kündigung. Der Kläger meinte jedoch Anspruch auf ein garantiertes Monatsgehalt von 200 Mark und auf die gesetzliche Kündigungsfrist zu haben. In dem ursprünglich abgeschlossenen Verträge stand allerdings, daß ihm monatlich 200 M. a conto gezahlt werden sollten und die Kündigungsfrist vier Wochen betrage. Er hielt jedoch diesen Vertrag für hinfällig, da die Kündigungsfrist bereits einmal abgelaufen war, man ihn dann ohne Verpflichtung einer bestimmten Monatszahlung einstellen wollte, sich aber schließlich der Geschäftsführer Arstien bereit erklärte, die 200 M. auch ferner zu zahlen. Damit, meinte der Kläger, sei ein neues Vertragsverhältnis zustande gekommen, für das die gesetzliche Kündigung maßgebend sei. Ein neues Vertragsformular, gleichbedeutend mit dem alten, war ihm zugesandt worden, er hatte es jedoch nicht unterschrieben und es war ihm auch nicht abverlangt worden. Aus diesen Gründen erklärte er sich, als ihm das zweite Mal gekündigt wurde, nicht mit der Frist von vier Wochen einverstanden und klagte auf Gehaltsentschädigung. — Es kam jedoch in diesem Fall zu keinem Urteil. Beide Parteien erklärten sich zu einem Vergleich bereit, wonach dem Kläger 50 M. in bar ausgezahlt wurden, sein ihm belastendes Saldo bei der Firma um 100 M. herabgesetzt wurde und ihm außerdem nach Vergleich seines Saldo die sich nach Abschluß der von ihm vermittelten Geschäfte ergebende Provision zuzufloß.

Wohnereinnahmevericherung in Italien. Nach dem Entwurf des italienischen Handelsministers soll in Italien eine Reichs-Wohnereinnahmevericherung gegründet werden, die allen Frauen in der Zeit nach der Entbindung, soweit ihnen das Gesetz zum Schutze der Arbeiterinnen die gewerbliche Arbeit untersagt, Unterstützung gewährt. Die Einnahmen der Kasse sollen gebildet werden aus Beiträgen, die die Unternehmer und Arbeiterinnen zur Hälfte zu tragen haben, ferner aus den Strafen, welche den Unternehmern wegen Vergehen gegen das Arbeiterinnenschutzgesetz auferlegt werden. Es sind sieben Beitragsklassen gebildet: In die erste gehören diejenigen Arbeiterinnen, die einen Tagelohn bis 60 Cent. verdienen, in die zweite diejenigen, welche einen Tagelohn von 3,61 Franc bis 4,20 Franc verdienen. Der Jahresbeitrag ist für jede Klasse auf zwei Tagelöhne festgesetzt; die Tagesunterstützung beträgt 1 Franc für die unterste, steigend bis 3,15 Franc für die oberste Klasse. Das Gesetz bestimmt, daß die Unterstützung nicht pfändbar ist und daß die Beiträge mit denselben Mitteln eingetrieben werden können, wie die direkten Steuern. Italien ist damit das erste Land, das den Versuch macht, eine besondere Wohnereinnahmevericherung einzuführen. Leider umfaßt der Entwurf einen viel zu geringen Teil der in Italien berufstätigen Arbeiterinnen. Die in der Landwirtschaft, im Haushalt und im Handel tätigen Arbeiterinnen sind gänzlich ausgeschlossen. Die Versicherung erstreckt sich nur auf die in der Industrie tätigen Arbeiterinnen und auch da nur auf diejenigen, welche dem Gesetz zum Schutze der Frauen- und Kinderarbeit vom 19. Juni 1902 unterliegen; das geplante Gesetz

wird demnach nur etwa einer halben Million Arbeiterinnen zugute kommen. So lächerlich das Gesetz also ist, so muß es seiner prinzipiellen Bedeutung wegen doch willkommen heißen werden.

Verammlungen.

General-Versammlung des Kreis-Wahlvereins Potsdam-Spandau-Osthavelland.

Die Generalversammlung fand am Sonntag in Besten statt. Anwesend waren 19 Delegierte für 12 Orte; außerdem sechs Mitglieder des Vorstandes, zwei Revisoren, der Obmann der Lokalkommission, der Kandidat des Kreises, Genosse Diebnecht, sowie die Genossen Dabrowski und Vitorf. Berlin für die Agitationskommission der Provinz Brandenburg bezw. für den sechsten Berliner Reichstagswahlkreis. Untertreten sind die Orte: Reglin, Kremmen, Fehrbellin, Linum. Der Vorsitzende Genosse August Paris erstattete den

Geschäftsbericht.

Die seit dem 1. Oktober v. J. — also dreiviertel Jahr — bestehende Kreisorganisation habe sich bisher vorzüglich bewährt, die ursprünglich von manchen Genossen gehegten Befürchtungen seien auch nicht eingetroffen. Die politische Organisation hat eine sehr erfreuliche Verstärkung von 1600 Mitgliedern (im Juli 1904) auf 2116 Mitglieder jezt, in 8 Vereinen. In dieser Zahl sind überdies die in den 4 heute nicht vertretenen Orten vorhandenen Mitglieder nicht eingerechnet, sodas man von einem Zuwachs von rund 600 Mitgliedern in diesen dreiviertel Jahren sprechen kann. Nicht gleichen Schritt hiermit hat die Entwicklung der Presse gehalten, denn die Zahl der Abonnenten auf die „Vrbg. Ztg.“ ist von 1444 auf rund 1700, die des „Vorwärts“ dagegen von circa 450 auf 888 gestiegen.

In Rauen ist die Bewegung etwas zurückgegangen, in Kremmen hingegen ist sie durch die Gründung eines Wahlvereins, dem heute bereits 60 Mitglieder angehören, neu belebt und gekräftigt worden. In der Lokalfrage hat sich gleichfalls vieles gebessert, es stehen uns jezt mehr Lokale im Kreise zu Gebote als im Vorjahre; außerdem steht uns in Grünfeld und Linum für Versammlungen unter freiem Himmel je ein Grundstück zur Verfügung. Die Finanzen haben sich ganz bedeutend gegen früher gebessert. Seit März d. J. hat der Kreis auch eine Vertretung durch drei Genossen in der Preßkommission der „Vrbg. Ztg.“ erlangt. Hierauf wird vom Genossen Rich. Schmidt der

Kassenbericht.

erstattet. Derselbe weist einschließlich 447,30 M. alten Bestand eine Einnahme von 4810,84 M. und eine Ausgabe von 1473,29 M. auf, sodas ein Kassenbestand von 3337,45 M. der Kreisasse verbleibt.

Der Spandauer Verein hat auch einen Beitrag für die Bergarbeiter bewilligt und ebenso selbständig Sammellisten herausgegeben, wogu ihm aber kein Recht zusteht; vielmehr mußte er dann einen entsprechenden Antrag beim Kreisvorstand stellen. Ebenso muß Klarheit darüber geschaffen werden, ob ein Verein das Recht hat, Parteimittel für die Beförderung seiner Vorstandsmitglieder und Gemeindevorsteher zu verwenden. Rieger-Spandau wendet sich gegen eine Beschränkung der Selbstständigkeit der Lokalvereine. Niemand dürfe unsere Bewegung einem derart schwerfälligen Bureaucratismus und Formalismus verfallen, daß sie z. B. nicht aus eigener Entschlieung handeln, wenn sie ihre Solidarität und ihr Mitgefühl mit den Bergarbeitern oder den Russen schnell und entschlossen betätigen wollten. Er stellt schließlich den Antrag: „Den Lokalvereinen steht das Recht zu, das ihnen zufallende Drittel ihrer Einnahmen, in Summa jedoch nicht mehr als die Gesamteinnahme eines Quartals beträgt und höchstens 300 M. am Orte zurückzubehalten und nach eigenem Ermessen zu verwenden.“

Staats-Potsdam tritt für die absolute Zentralisierung auch der Kassenverhältnisse ein; sonst sammeln die einzelnen Vereine am Orte große Summen an und machen damit den Zweck der Kreisorganisation illusorisch. Diebnecht beantragt dem Russenfonds des Parteivorstandes sofort 500 M. zu überweisen und im übrigen allgemeine Sammlungen für den gleichen Zweck vorzunehmen.

Schulze-Staaten berichtet über die außerordentlichen Schwierigkeiten, welche die Konzeptionierung des einzigen Verzeichnisses am Orte seitens der Behörden bereitet werden. Der Gemeindevorsteher Rause habe gelegentlich eines Lokaltermins frei erklärt, daß er gegen die Konzeptionserteilung sei, weil in dem Lokal nur Sozialdemokraten verkehren. Das gleiche Argument soll auch im Bezirksausschuß geäußert worden sein. Die Konzeption des Vereinszimmers ist denn auch bisher von allen angerufenen Instanzen abgelehnt worden.

Er beantragt, die weitere Verfolgung dieser Angelegenheit dem Kreisvorstand zu überweisen.

Nachdem die weitere Debatte schließlich durch einen Schlußantrag beendet wurde, stimmte die Versammlung dem Antrag Diebnecht (Russensonds), dem Antrag Spandau (Lokalkasse), ferner dem Antrag Hille-Beiten „zukünftig die Generalversammlungen mindestens 4 Wochen vorher bekannt zu machen“, sowie dem Antrag Staaten zu.

Rummel referierte Karl Diebnecht über den diesjährigen

Parteilag.

Ueber den Punkt „Weltpolitik“, den der „Vorwärts“ noch auf die Tagesordnung gestellt wissen will, gibt die vom Vorstand veröffentlichte Tagesordnung reichlich Gelegenheit, sich auszupressen; hingegen fällt auch er für dringend erforderlich, den Punkt „Krankenkassen“ nach auf die Tagesordnung zu setzen, um das gegen das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter geplante Attentat gehörig beleuchten zu können. Die Sache dürfte nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden, denn wie er aus bester Quelle wisse, werde der Entwurf eines neuen Gesetzes, das auf der einen Seite die von uns geforderte Verschmelzung der drei Versicherungskassen, auf der anderen Seite aber eine ganz eminente Verschmelzung der Selbstverwaltung bringt, schon in allernächster Zeit publiziert werden. Hier heiße es also für uns, auf dem Posten zu sein. Beim Geschäftsbericht des Vorstandes werde in Jena rückhaltlos Selbstkritik geübt werden müssen, da der beharrliche Stimmenrückgang bei den Reichswahlen hierzu direkt nötige. Der Punkt „Parlamentarismus“ gebe ebenso wie auch der Punkt „Waffenstreik“ die beste Gelegenheit, uns einmal gründlich auch mit jener Politik unserer Reichsdiplomaten zu beschäftigen, die das Land mit der ganzen Welt in Zwietracht und uns in höchste Gefahr von Bruderkriegen bringt. Den Höhepunkt des Interesses wird der Jenaer Parteilag aber mit der Erörterung der Generalfreistfrage beanspruchen. Durch diesen Punkt verliert selbst die Neuorganisation der Partei, so wichtig diese an sich ist, an Bedeutung. Böhmberg habe sich mit seiner Bemerkung auf dem Röhler Gewerkschaftskongress („der Parteivorstand denkt gar nicht daran, diese Frage auf die Tagesordnung zu setzen“) als ein schlechter Prophet erwiesen. Daß diese Frage, deren eminent hohe Bedeutung erst durch die Vorgänge in Rußland so recht einleuchtend geworden sei, vom Parteivorstand gerade als die wichtigste angesehen wird, das beweist der Umstand, daß Weber das Referat hierzu übernommen hat.

Rebner ging alsdann näher auf die Voraussetzungen und die Bedeutung des politischen Massenstreiks ein, um hierauf eine scharfe Kritik an der Stellungnahme der Gewerkschaften auf dem Röhler Kongress zu üben. Diebnecht polemisierte dann weiter kurz gegen die besonders von Friedberg vertretene Anschauung, daß mit dem Parlamentarismus aufgeräumt werden müsse. Das Parlament ist für uns ein unentbehrliches System für die ruhige Fortentwicklung der politischen Zustände. Die Wahlen bieten die beste Gelegenheit zu einer Herrschaft, zur Konzentration der Kräfte-

Verhältnisse im Volke selbst. Der Kampf unserer Hamburger Genossen gegen die Wahlrechtsverfälschter hätte etwas energischer geführt werden müssen. Seine Rede tönte aus in einem warmen Appell für eine wirksame Propagierung des politischen Massenstreiks, um auf jede Ueberrumpelung gefaßt zu sein. Es sei un- vergesslich, daß der Gewerkschaftsfongress im selben Augenblick zum Abflauen blasen konnte, wo sich jene große Tragödie im Ausland abspielte, von der wir noch heute nicht wissen, ob sie nicht zu uns herüber spielt. Den Delegierten unseres Kreises muß ausgegeben werden, daß sie auf dem Parteitag jeden Antrag unterstützen, der die Propagierung der Massenstreikidee bezweckt. Zeigen wir uns unserer russischen Brüder, die mit beispiellosem Geldeinsatz dabei sind, das Joch des Parismus abzuwerfen, würdig!

In der Diskussion über den Liebknechtschen Vortrag schließt sich Rieger, Spandau, der Liebknechtschen Kritik an dem Kölner Kongress rückhaltlos an. Zum Parteitag beantragt Redner: für die Beschädigung durch die einzelnen Kreise das Verhältniswahlrecht anzulegen, der Reichstagsfraktion nur eine Vertretung auf dem Parteitag im Organisationsstatut einzuräumen und zum Punkt „Reisekosten“ den vorjährigen Antrag „absolute Arbeits- ruhe zu proklamieren“ zu erneuern. Hille, Welten hält es für nötig, daß sich Partei und Gewerkschaften über wichtige Fragen vorher verständigen, damit eine Wiederholung des Kölner Vorkommnisses vermieden wird.

Die Anträge Rieger zum Organisationsstatut werden ab- gelehnt, der Antrag zur Reisekostenfrage hingegen ein- stimmig angenommen.

Genosse Dobroschaw, Berlin gibt bekannt, daß die dies- jährige Provinzialkonferenz mit Rücksicht auf die ge- plante Einführung einer straffen Organisation, die wiederum von der Fassung des Organisationsstatuts der Gesamtpartei ab- hängig ist, erst nach dem Parteitag stattfinden wird. Be- schlossen wird, den diesjährigen Parteitag durch drei Delegierte

zu beschicken; gewählt werden Liebknecht, Rieger und Stab und als Ersatzmann Paris. Auf der Provinzialkonferenz werden die Genossen Rieger, Spandau, Schmidt, Raue und Heinrich, Welten den Wahlkreis vertreten.

Nunmehr hielt Genosse Liebknecht noch ein kurzes Referat über das Thema

„Partei und Konsumvereine“

und empfahl aus Anlaß eines bestimmten Falles die folgende Re- solution zur Annahme:

Der Zentralwahlverein des Kreises Potsdam-Spandau-Ost- habelland warnt eindringlich vor der leichtfertigen Gründung von Konsumvereinen, die sich nur unter besonders günstigen Verhält- nissen in größeren Orten halten können.

Es wird den organisierten Parteigenossen zur Pflicht gemacht, bevor sie bei Gründung von Konsumvereinen mitwirken, dem Zentralvorstand Kenntnis davon zu geben. Dem Zentralvorstand wird zur Pflicht gemacht, der leichtfertigen, parteischädigenden Gründung von Konsumvereinen nachdrücklich entgegenzuwirken. Im Verlauf der Diskussion erklärte Referent noch ausdrücklich, daß es selbstredend keinem Parteigenossen benommen ist, sich leistungsfähigen Konsumvereinen anzuschließen.

Hiernach wurde die Resolution mit großer Majorität ange- nommen.

Stab, Potsdam, Ling, Spandau u. a. führten Beschwerde über die mangelhafte Beachtung unserer Wünsche in bezug auf die Lokalität durch die Berliner Lokalkommission. In dieser Angelegenheit soll der Obmann der Kreis-Lokalkommission, Ling, weitere Schritte unternehmen.

Beschlossen wird noch, die beiden Beisitzer des Vorstandes in Zukunft nicht mehr aus den Nachbarorten zu entnehmen, sondern den ganzen Kreisvorstand aus Berliner Genossen zusammen- zusetzen.

Der bisherige Vorstand wird mit dieser Abänderung wieder-

gewählt; die beiden Beisitzer sollen später von den Berliner Genossen gewählt werden. Ebenso wurden die Genossen Rieger, Stab und Lehmann, Marwig als Referenten und die Genossen Stab, Paris und Schmidt, Raue als Mitglieder der Preßkommission der „Völk. Ztg.“ wieder- bzw. neu gewählt.

Witterungsüberblick vom 20. Juli 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C
Stolmenbe.	756	SB	6	bedeckt	17	Haparanda	762	NO	2	bedeckt	17
Damberg	762	SB	5	bedeckt	16	Petersburg	760	DSO	1	Morgen	16
Berlin	759	SB	5	bedeckt	16	Seibitz	768	RNO	1	wolfig	16
Krausl.a.W.	767	SB	3	bedeckt	15	Aberdeen	768	SHN	1	bedeckt	15
Ranhen	767	SB	5	halb bb.	15	Paris	769	DND	1	wolkenl.	14
Wien	763	SB	5	bedeckt	15						

Wetter-Prognose für Freitag, den 21. Juli 1905.

Hiernächst kühl und veränderlich, vorwiegend trübe mit Regenschauern und frischen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 19. Juli. Elbe bei Hufsch — 0,39 Meter, bei Dresden — 1,74 Meter, bei Magdeburg — 0,72 Meter. — Unstrut bei Struthart — 1,10 Meter. — Oder bei Ratibor — 1,00 Meter, bei Breslau Ober-Begel — 4,78 Meter, bei Breslau Unter-Begel — 1,48 Meter, bei Frankfurt — 0,91 Meter. — Weichsel bei Bruchmünde — 2,33 Meter. — Warthe bei Posen — 0,02 Meter. — Rhey bei Ulf — 0,33 Meter.

Teures Fleisch — billige Seefische!

Bester Fleischersatz, schmackhaft und durch hohen Nährgehalt sich auszeichnend! Täglich Sendungen lebendiger Seefische, ständig unter Eis gehaltener Seefische in eigenen Kühlwaggons.

Großer Schellfisch

im Anschnitt „ „ 25 „

Cablau { ohne Kopf „ „ 23 „

Seelachs { mit Kopf „ „ 20 „

Bratflundern „ „ 25 „

Alle übrigen Seefische zu billigsten Tagespreisen!

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen.

Seefisch-Kochbücher gratis.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8—10.

Zentral-Fernsprecher: Amt III, 8804.

Verkaufs-Niederlagen:

Prinzenstraße 30 | Madaisstraße 22 | Landsbergerstraße 52-53
(am Moritzplatz). | (im Schlesischen Bahnhof). | (der Kurzenstr. gegenüber).

Während der Monate Mai bis August inkl., außer Sonnabends, um 8 Uhr abends geschlossen.

Seefische — Volksnahrung!

Besonders empfehlenswert und auf das schmack- hafte zubereitet, aus eigener Mariner-Anstalt:

Fisch-Kotelettes

gebraten und mariniert, in Blechdosen zu 17 Pfd. 2.80 M., 10 Pfd. 1.80 M., 8 Pfd. 1.55 M., 4 Pfd. 1.00 M., 2 Pfd. 55 Pf.

Bratschellfische

gebraten und mariniert, in Blechdosen zu 17 Pfd. 3.00 M., 10 Pfd. 1.80 M., 8 Pfd. 1.60 M., 4 Pfd. 1.15 M. und 1 1/2 Pfd. 40 Pf.

Goldbarsch in Aspik

(Delikatesse) 4 Pfd.-Dose 1.00 M.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 21. Juli

Anfang 7 1/2 Uhr:

Neues Operntheater. Carmen.

Anfang 8 Uhr:

Zentral. Die Geisha.

Schiller O. (Wallner-Theater.)

Die verkaufte Braut.

Schiller N. (Friedrich Wilhelm-

städtisches Theater.) Hofkunst.

Besten. Jung-Heidelberg.

Inspektionshaus. Arch-Borch.

Carl Weiss, Lehmanns Abenteuer.

Welle-Millance. Von M. B.

Reichshallen. Gastspiel Oskar

Jungbühnel.

Mykolo. Ein Abend in einem amerika-

nischen Zingel-Tempel. — Am

Hochzeitabend. — Spezialitäten.

Metropol. Die Herren von Maxim.

Berliner Theater. Zwischen

Himmel und Erde.

Stadt-Theater Moabit. Ratten

Gelübt.

Urania. Taubens.

Die deutsche Nordseeküste.

Invaliden- str. 57/62.

Passage-Panopticum.

Die Sensation der Saison:

Der Riese

Wachnow

der größte Mensch, der je

gelebt hat. Ohne Extra-Entree.

Neu! Zum erstenmal in Europa:

Der lebende Eismensch

aus dem nördlichsten Kanada.

Ohne Extra-Entree.

OOLOGISCHER

GARTEN

Täglich nachm. 5 Uhr:

Militär-

Doppel-Konzert

Eintrittspreis 1 M.; ab 6 Uhr 50 Pf.

Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.

Benefiz für den Verfasser.

Lehmanns Abenteuer

auf dem russ.-jap. Kriegsschauplatz.

Anf. 8 Uhr. Morgen dieselbe Vorst.

Im Sommergarten:

Großes neues Juli-Programm.

Anfang 5 Uhr. Entree 25 Pf.

Sonnabend: Sommerfest.

Reichshallen.

Gastspiel d. berühmten

Oskar

Jungbühnel

mit seiner

vorzugsweisen

Herren-

Geiellschaft

Anf. 8 Uhr.

Sonnt. 7 Uhr.

Diensd. 1. Aug. Wiederbeginn

der Saison der Stettiner Sänger.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)

Norman-Oper.

Freitag, abends 8 Uhr:

Sum ersten Male:

Die verkaufte Braut.

Sonnabend, abends 8 Uhr:

Populäre Vorstell. bei halben Preisen:

Die Zauberkiste.

Sonntag, nachm. 3 Uhr:

bei halben Preisen:

Oberon, König der Elfen.

Sonntag, abends 8 Uhr:

Gastspiel Heinrich Büttel.

Der Troubadour.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelms-Theater.)

Freitag, abends 8 Uhr:

Hofkunst.

Auftritt in 4 Aufzügen von Thilo

u. Hofsta.

Sonnabend, abends 8 Uhr:

Hofkunst.

Sonntag, abends 8 Uhr:

Hofkunst.

Im Garten täglich:

Großes Militär-Konzert.

Max Kliems Sommer-Theater

Hasenheide 13-15.

Kunstliche Leitung: Paul Milbitz.

Täglich: Gr. Konzert, Theater und

Spezialitäten-Vorstellung.

Jeden Donnerstag: Elite-Tag.

Fernsprecher IV. 8891.

Max Kilem.

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76/79,

direkt an der Ringbahnstation.

Ob schön! Täglich Ob Regen!

Im herrlichen Garten oder Saal:

Konzert und Vorstellung.

Vollständig neues Programm,

das größte und beste

Berlins.

40 Sensations-Nummern.

Entree: Wochentags 20 Pf., Sonntags

30 Pf. Jeder Erwachsene hat ein

Kind unter 10 Jahren frei, ältere

zahlen halben Eintrittspreis.

Diez' Seeterrasse, Lichtenberg

Rödersstr. 6.

Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag:

Großes Militär-Konzert.

Auftritt des

phänomenalen

Meisterfahrs

mit keinem konkurrenzlosen

Feuer-Flammen-Todes-

Hindernissprung.

Um 6 1/2 und 10 Uhr:

Auftritt des weltberühmten Turnso-

künstlers „The Liepelt“.

Brilliant-Land- u. Wasser-Feuerwerk.

Erstkl. Spezialitäten, Theater

und Ball.

Wochentags 10 Pf.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zahlstelle Charlottenburg.

Sonnabend, den 22. Juli, im großen Saal des Volkshauses,

Rosinenstraße Nr. 3:

XI. Stiftungsfest

Bestehend in Vokal- und Instrumentalkonzert,

humoristischen Vorträgen und Tanz.

Eintrittskarten sind zu haben zum Preise von 25 Pf. für Damen und

40 Pf. für Herren beim Kaiserer Kollegen R. Bahl, Kaiser Friedrichstr. 41,

und beim Restaurateur E. Müller, Rosinenstr. 3. — Anfang 8 Uhr.

Freundlichen Empfang erwartet Das Komitee. [147/6]

Sozialdemokrat. Wahlverein Britz.

Sonntag, den 23. Juli, Rosen-Terrasse Britz,

Gausteierstr. 69/70:

Großes Sommerfest

verbunden mit Konzert und Gesangsaufführungen. Auftreten

des Berliner Alt-Trios. Turnerische Aufführungen.

Im Saal: Großer Ball.

Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Bei eintretender Dunkelheit: Große Fackelpolonaise

bei dampfender Beleuchtung.

Jedes Kind erhält eine Stocklaterne gratis.

Anfang 4 Uhr. Entree 20 Pf.

Die Kaffeetische steht den geehrten Damen von 2 Uhr ab

zur Verfügung. 203/10

Schweizer-Garten.

Am Königstor. Am Friedrichshain.

Täglich: Theater

und

Spezialitäten-Vorstellung.

Volksbelustigungen.

Jeden Abend 10 Uhr:

Der Fluch des Goldes.

Vollständ. mit Gesang in 3 Akten.

Jeden Mittwoch: Kinderfest

mit Gratisverlosung.

Etablissement Buggenhagen

Moritzplatz.

Täglich

im großen schattigen Garten:

Streich-Konzert.

Ricardo Munez.

Bei ungünstigem Wetter im Saal.

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee Nr. 148.

Täglich:

Konzert, Theater, Spezialitäten.

20 Attraktionen 1. Ranges. Dazu:

Arbeit schadet nicht.

Vollständ. mit Gesang in drei Akten.

Im Saal: Gr. Tanz.

Anf. 4 Uhr. Entree 30, Sperrst. 50 Pf.

Victoria-Brauerei

Lützowstr. 111/112.

Täglich:

Horst's

Sänger.

Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Dienstag, Donnerstag, Sonn-

abend, Sonntag: Tanz.

Ostbahn-Park.

Am Kastrinerplatz, Rüdorsdorferstr. 71.

Hermann Imbs.

Täglich:

Gr. Konzert, Theater

und Spezialitäten-

Vorstellung.

Wochentags: Entree 15 Pf., wofür

ein Glas Bier verabreicht wird, also

kein Entree.

Landes-Ausstellungs-Park.

Neu erbaut: Festsaal, Café und Conditorei, gedeckte

Gartenhallen, Fontaine lumineuse.

Dejeuners von 2.50 Mark an bis 2 Uhr nachmittags.

Diners von 3 Mark, Soupers von 4 Mark an.

Täglich: Doppel-Konzert.

Illuminationen-Abende großen Stiles.

Frankfurter Allee 106.

Säle für Vereine, Versamm-

lungen usw.

find zu vergeben 87612*

Karl Pirnau.

Landes-Ausstellungs-Park.

3513L*

Ein Riesenposten
Mocketplüsch

130 Cntr.
breit, à 4,65 pro Meter,
haltbarster buntfarbiger Möbel-
stoff. Reste spottbillig!

Proben franko.

Teppichhaus
Emil Lefèvre Berlin S., 158.
Oranienstr.

Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Um zahlreichen Besuch bittet
DAS KOMITEE.

Die Verbandsleitung. J. N.: E. Thöns.

Nachstehend geben wir das Mitglieder-Verzeichnis des Arbeitgeber-Verbandes der Pelzwarenbranche bekannt. Die mit einem * versehenen Mitglieder sind Fabrikanten, die mit zwei ** versehenen sind Fabrikanten, die Werkstätten im Hause haben. Mit einem — bezeichnete Mitglieder sind Detailgeschäfte, während alle übrigen Mitglieder Hausindustrielle sind, die sich dem Scharfmacher-Verband angeschlossen haben. Wir ersuchen die Berliner Arbeiterschaft, die Namen genau zu beachten. Die Arbeiterschaft des Süd-Ostens bitten wir besonders zu beachten, daß die Firma **R. M. Maassen**, Ede Dranienplatz, gleichfalls dem Arbeitgeber-Verband angehört.

Samuel, Carl, Danzigerstr. 97.
Samuel, Id., Belle-Alliancestr. 95.
Sarnady, Wl., Brenzlauer Allee 1.
Scheid, Hermann, Schönhauser Allee 152.
Scholtz, R., Mühlenstr. 48.
Schulberg, W., Chorinerstr. 42.
Schurer u. Herz, Reberstr. 28.
Schwib, D., Gräner Weg 119.
Schäffner, Georg, Rigdorf, Pfäfers-
straße 9.
Schultomsky, Otto, Straßburgerstr. 30.
Schlitzke, B., Hohen-Schönbauer-
Strasse 41.
— Schmidt, Aug., Dransenstr. 130.
** Schmidt, G., Linstr. 1.
— Schmidt, Frh., Taubenjensstr. 6.
Schmidt, Paul, Gräner Weg 12.
Schmidt, Rudolf, Gröbingerstr. 32.
Schöert, H., Wilmsdorferstr. 46.
Scholz, Richard, Gröbingerstr. 36.
Schön, Hugo, Annamuellersstr. 31.
Schramm, A., Lindenstr. 25.
Schubert, Id., Weisenburgerstr. 29.
Schublich, C., Stallricherstr. 26.
Schulze, Julius, Friedrichstr. 48.
Schunert, Franz, Verdergerstr. 54.
Schwene, Anton, Weisensee, Elsf-
straße 59.
Schnoch, B., Brunnenstr. 154.
** Segal, H. u. S., Oberwallstr. 19.
Seigal, Gustav, Schmidtstr. 17.
** Seiberthel, Sally u. Siegl., Müng-
straße 20.
** Singer, Frh., Mohrenstr. 37.
Siegl, H., Wollstr. 71.
— Siobog, D., Dransenstr. 170.
Sloz, Ernst, Rappinerstr. 10.
Sokolus, S., Annamuellersstr. 35.
Spielig, A., Gräner Weg 119.
Tölem, Berner, Rhinowestr. 7.
— Turmann, Otto, Dransenstr. 141.
Tödemann, A., Kohl-, Kronenstr. 28.
Tiede, Cl., Reberstr. 48.
Tillmann, Ernst, Straußbergerstr. 30.
Töster, G., Glaserstr. 7.
Tilmann, Augustin, Rungestr. 15.
Vogel, Aug., Röhrestr. 26/27.
Vogel, R., Völsringerstr. 67.
Vogtland, Carl, Alte Jakobstr. 6.
** Wagner, O. u. Co., Intellstr. 10.
Wedel, Emil, Gr. Frankfurterstr. 44.
Weißner, Max, Weisenburgerstr. 2.
— Weiss, F. D., Mühlentstr. 27.
Wenzel, G., Ludenmaderstr. 15.
Wenzel, A., Ludenmaderstr. 15.
Wichert, A., Graunstr. 41.
Wichert, Otto, Solgerstr. 12.
Wiederich, Adolf, Feinersdorferstr. 1.
Wiß, H., Marienburgerstr. 32a.
** Winter, Adolf, Leubnerstr. 9.
— Wolfelgshan, G. B., Dresdener-
straße 29.
** Wolfmann u. Co., Georg, Nieder-
wallstraße 16.
** Wolf, Arthur, Volkstr. 7.
** Wolf, O., Burgstr. 23.
Wollermann, Carl, Böcklingerstr. 24.
Witten, Karlheinzstr. 7.
Witz, E., Glöbichstr. 2.
Wreißig, A., Annamantenstr. 24.

und steht für die Arbeiterschaft frei! und sind zu studieren.

fügen bestens empfohlen. 33841

Ginger & Co., Berlin SW.

Unsere Post-Abonnenten

wollen umgehend das Abonnement erneuern, um Verzögerungen in der Zustellung zu verhindern. Wer den „Vorwärts“ mit „Vorort-Ausgabe“ beziehen will, muß bei der Postanstalt ausdrücklich bestellen:

**Vorwärts Berliner Volksblatt
Vorort-Ausgabe.**

Partei-Angelegenheiten.

8. Wahlkreis. Am Sonntag, den 23. Juli, veranstaltet der Wahlverein einen Familienausflug nach dem Grunewald. Treffpunkt: Station Eichkamp, Kantine, vormittags 10 Uhr. Zahlreiche Beteiligung erbeten. Gäste willkommen.

Berliner Nachrichten.

Die Fleischer gegen die Fleischverteuerung!

Wer hat es verschuldet, daß wir jetzt wieder einmal so außerordentlich hohe Fleischpreise haben? Wenn in den Fleischläden der Arbeiterviertel Berlins die einholenden Hausfrauen zusammenstehen, dann schimpfen sie im Chor auf die Fleischer, die „jetzt noch rascher als bisher reich werden wollen“. Die Fleischer aber erklären mit bedauerndem Häufelgucken, daß sie „wirklich nichts dafür können, und daß sie selber höhere Preise als sonst zahlen müßten“. Und mancher kleine Meister fügt mißmutig hinzu, daß er gerade wegen der Preissteigerung jetzt weniger als vorher zurecht komme und „am liebsten die Wade zumachen möchte“.

Aus Fachkreisen kommt die Mitteilung, daß tatsächlich in der letzten Zeit ungewöhnlich viele auf Arbeiterschaft angewiesene Fleischmeister Berlins und der Vororte ihr Geschäft haben aufgeben müssen, und es wird das aus der gegenwärtigen Fleischverteuerung erklärt. Das erscheint auch durchaus glaubhaft. Der Arbeiter weiß den Nähr- und Genußwert des Fleisches zu schätzen und will die Fleischkost nicht missen, so lange er sie sich leisten kann. Aber er wird eigentlich doch nie so recht die Empfindung los, daß Fleisch eine Art Luxusartikel sei, und sobald eine Steigerung des Fleischpreises oder auch nur des Preises eines anderen wichtigen Nahrungsmittels sich bemerkbar macht, und das Budget der Arbeiterfamilie stärker belastet, wird hier gewöhnlich zu allererst am Fleisch gespart.

Die Fleischmeister der Arbeiterviertel wissen ein Lied davon zu singen, wie sehr gerade ihr Geschäft abhängt von der Kaufkraft des Arbeiters. Wenn in wirtschaftlichen Krisen ein großer Teil der Arbeiterbevölkerung durch Beschäftigungsmangel und Erwerbslosigkeit bedrückt wird, wenn in der alljährlich wiederkehrenden „kalten Zeit“ zahlreiche Familienbäcker auf Wochen und Monate ihre Arbeit verlieren, ja, selbst wenn im gewöhnlichen Kreislauf der Woche an den letzten Tagen vor der Lohnzahlung so mancher Arbeiterfamilie das Meißelgeld knapp wird, dann merken draußen in Berlin-Nord, Berlin-Südost usw. und in den gemeinsten von Arbeitern bewohnten Vororten, Nizdorf, Weiskensee, Nichtenberg usw. die Fleischmeister sofort, wie es in ihren Läden leerer und leerer wird. Und dieselbe Erfahrung machen sie, wenn sie den Preis ihrer Ware erhöhen. Die Kunden kaufen geringere Mengen, andere bleiben ganz weg, der Umsatz verringert sich, und am Ende ergibt sich weniger Gewinn als bei niedrigen Preisen. Durch die Kläglichkeit des Arbeitereinkommens ist dafür gesorgt, daß die Wäpne der kleinen Fleischmeister nicht in den Himmel wachsen.

Mit den Meistern, die von ihrer Kundschaft im Stich gelassen werden und schließlich „die Wade zumachen müssen“, leiden natürlich auch die Gesellen und mancherlei andere Arbeiter, deren Arbeit und Verdienst vom Gelingen des Fleischereigewerbes abhängt. Sie werden überflüssig! Die Arbeitslosigkeit ist unter den Fleischern und verwandten Berufen selten so groß gewesen wie gegenwärtig, und auch das wird aus der Fleischverteuerung und dem durch sie bewirkten Niedergang des Fleischereigewerbes erklärt. Der Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen hat das zum Anlaß genommen, eine Bewegung zur Verringerung des Fleischmangels und der Fleischverteuerung einzuleiten. Eine von ihm einberufene öffentliche Versammlung im Englischen Garten, zu der auch Meister eingeladen waren, beschäftigte sich am Mittwoch mit der Frage, wo die Fleischverteuerung zu suchen ist.

Verbandssekretär W. H. S. Leipzig referierte über die Ursachen der Fleischnot. Die Agrarier erklärten den Fleischmangel, aus dem sie Gewinn ziehen, tröstend für „eine vorübergehende Erscheinung“. Mohr zeigte, daß sie das in der Tat sein könnte, wenn die Regierung die Sperrung der Grenzen gegen ausländisches Vieh aufheben wollte, die zu einer künstlichen Fleischverteuerung führt und den viehproduzierenden Landwirten Viehexperte sichert. Hebe man die Sperre nicht auf, so sei nicht daran zu denken, daß die Fleischpreise sobald von ihrer gegenwärtigen Höhe herabsinken. Eher sei ein noch weiteres Steigen zu erwarten. Meiner forderte, daß die Fleischer, Gesellen wie Meister, Hand in Hand gehen mit der konsumierenden Bevölkerung und durch eine gewaltige Protestbewegung die Grenzsperrung samt den gleichfalls preisverteuernden Viehsteuern zu beseitigen suchen.

In der Diskussion wurde auf die auch schon vom Referenten erwähnte Tatsache hingewiesen, daß leider von einem Teil der Meister anfänglich aus der Grenzsperrung Vorteile erwartet worden seien. Erst später habe man eingesehen, daß die künstliche Verringerung des Angebotes und die dadurch herbeigeführte Steigerung des Preises der Mehrzahl der Meister nicht Nutzen, sondern Schaden bringe. Jetzt hat selbst die Berliner Fleischereinigung zu klagen begonnen. Von den wenigen Meistern, die anwesend waren, ergriß keiner das Wort. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die im Interesse der Bevölkerung wie der Meister und Gesellen des Fleischereigewerbes vor allem die Aufhebung der Grenzsperrung fordert.

Der Koppelpfad hat jetzt eine zweihundertjährige Geschichte. Offizieller Pfad wurde er erst vor einem halben Jahrhundert, und er bekam damals seinen Namen. Aber die Anfänge des „Koppelschen Armenfriedhofes“, aus dem er entstanden ist, reichen zurück bis auf 1705. Das an der Südwestecke des Platzes noch vorhandene Grabmal Koppes — der einzige Überrest, der heute an die ehemalige Begräbnisstätte erinnert — meldet: „Der Christian Koppes, Kaiserlicher Rat und Stadthauptmann zu Berlin, widmete diesen Platz und dessen Umgebung im Jahre 1705 als Ruhestätte den Armen und Waisen, in deren Mitte er selbst mit den Seinen ruhen wollte und ruht.“ Dieses Grabmal wurde dem Stifter von der „dankbaren Stadt Berlin“ erst vor jetzt 50 Jahren gesetzt, im Jahre 1855, also zu einer Zeit, wo der Armenfriedhof bereits dem öffentlichen Verkehr übergeben war. Verordnungen waren hier schon seit 1840 nicht mehr erfolgt. Die Bebauung des Friedhofsgeländes hatte fast zugleich mit der Einrichtung der Begräbnisstätte begonnen. Schon von 1705 an waren die Räume als Baugrund abgegeben worden. Am Oststrand kaufte Dr. Frisch, Direktor des Gymnasiums zum Grauen Kloster, ein paar Baustellen, um die hier von ihm angelegte erste Paulsberbaumplantzung Berlins zu vergrößern. Damals entstand hier die kleine Auguststraße, die zuerst Frischens Gasse genannt wurde, weil Dr. Frisch in ihr das erste Haus errichtete.

Ungefähr zu derselben Zeit wurde am Südrand des Friedhofes, an der heutigen Auguststraße, das Koppesche Armenhaus und Hospital erbaut, das wegen eines turmartigen Aufbaues im Volksmunde „Das Rümchen“ hieß. Es wurde niedriger, als 1855 über das Grundstück die Große Hamburgerstraße nach dem Friedhofe durchgelegt und dieser zum „Koppelpfad“ gemacht wurde. Bedeutende Einschränkungen erfuhr der Friedhof schon 1832 durch den Bau des Schulhauses an der Linienstraße, 1836 und 1838 sowie 1850 durch den neu- bzw. Erweiterungsbau des Polmannstiftes und 1845 durch den Bau einer städtischen Gasanstalt, die jetzt aber einem Schulneubau Platz gemacht hat.

Das alte Rümchen Rathaus am Rümchen Fischmarkt ist, wie der „Conf.“ mitteilt, an die Maurer- und Zimmermeister Gebrüder Pape verkauft worden. Die Übernahme erfolgt am 1. April 1906. Das Grundstück umfaßt einen Flächenraum von 1240 Quadratmetern. Die Stadtverordneten-Versammlung hatte dafür einen Mindestpreis von 1000 M. pro Quadratmeter normiert.

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Fast sämtliche Warenhäuser, Mode- und Manufakturwaren-Geschäfte Roabits haben beschlossen, an den kommenden Sonntagen bis Ende August ihre Verkaufstafeln von 12 bis 2 Uhr nicht zu öffnen. Da leider an eine gefällige Befreiung der Sonntagsarbeit in den Ladengeschäften durch die auch so freisinnige Berliner Stadtverordneten-Versammlung noch nicht zu denken ist, so ist diese geringe Einschränkung der sonntäglichen Arbeitszeit durch private Vereinbarung im Interesse der Angehörigen zu begrüßen. Hoffentlich wird der Geschäftsschluß auch solidarisch und strikt durchgeführt.

Als eine Verzweiflungsstat bekräftigt der Vater des Säuglings, der in der Charité zurückgelassen wurde, sein Verhalten. In einem Brief, den er an die Direktion des Krankenhauses richtete, gibt er seinen Namen an und entschuldigt sein Vorgehen damit, daß er in der Verzweiflung keinen anderen Ausweg gewußt habe, als plötzlich unter Zurücklassung seines kranken Kindes zu verschwinden.

Wiederum ist, daß diese Nachricht erst so spät von der Charité aus an die Presse gelangt. Der Vater hat noch an demselben Abend, an dem er sein Kind in der Obhut des Charitépersonals zurückgelassen hatte, an die Direktion der Anstalt eine Postkarte abgesandt, in der er den Vor- und Nachnamen sowie das Geburtsdatum des Kindes angab, die mitgebrachten Bett- und Waschegegenstände genau beschrieb und schließlich seinen eigenen Namen nebst Wohnung hinzufügte. Diese Karte muß am Mittwoch früh mit der ersten Briefbestellung in der Charité abgeliefert worden sein, noch bevor die erste Mitteilung über den Verzweiflungsakt des Vaters aus der Charité hinausgelangt war und den Zeitungen zugeht worden. Auf die Zustände, die in den Charitébüros herrschen, wirft das eigentlich ein etwas sonderbares Licht.

Der Vater hätte übrigens doch nicht nötig gehabt, am Dienstag einen halben Tag lang, von mittags 1 Uhr bis abends 10 Uhr, mit seinem schwerkranken Kinde durch Berlin zu laufen und bei vier Krankenhäusern (Reinholdsdorferstraße, Friedrichshain, Roabit, Charité) um Aufnahme zu bitten, wenn er das Kind dem Krankenhaus Roabit hätte anvertrauen wollen, wo, wie ihm auf der Zentrale in der Biegelstraße gesagt wurde, ein Bett frei war. In Roabit war aber das Kind kurz vorher zehn Tage hindurch behandelt worden und man hatte dann den Vater aufgefordert, es abzuholen, da es geheilt sei. Ein Privatarzt, den er darauf zu Rate zog, schüttelte hierzu den Kopf, und tatsächlich sah sich der Vater sechs Tage später genötigt, für das von neuem schwer erkrankte Kind wiederum Aufnahme in eine Anstalt zu erbitten. Hatte man in Roabit vielleicht Gebrauch gemacht von dem Rotmittel, wegen Platzmangel das Kind „baldigt“ zu entlassen, damit das Bett für andere frei wurde?

Eine künstliche Familie an Schierlingsvergiftung erkrankt. Der Arbeiter Lukas, Nummelsburgerstraße 3, hatte von einem Kollegen, der ein eigenes Feld besitzt, Petersilie erhalten, zwischen welcher sich giftiges Schierling befunden haben muß. Frau L. verteilte die Petersilie für das Mittagessen, nach dessen Genuß L. dessen Frau und vier Kinder erkrankten. Ein sofort hinzugerufener Arzt stellte Schierlingsvergiftung fest und veranlaßte die Ueberführung des lebensgefährlich erkrankten L. nach dem Krankenhaus am Friedrichshain, woselbst er hoffnungslos darnieder liegt. Die anderen fünf Mitglieder der Familie, deren Zustand weniger bedenklich ist, werden in der Wohnung weiter behandelt.

Ueberfälle im Tiergarten. Nicht weniger als drei Raubankfälle, die im Tiergarten unternommen wurden, sind heute wieder zu verzeichnen. Am Dienstagabend gegen 8 1/2 Uhr wurde auf der Veltrove-Allee in der Nähe des Hornsteiges der 40 Jahre alte Köchin Luise Schneider eine gelbe Lederne Handtasche, in welcher sich ein Schlüssel, ein Taschentuch und ein rotbraunes Portemonnaie mit 4,85 M. Inhalt befanden, von einem etwa 20 bis 25 Jahre alten Mann geraubt, der nach der Tat im Gebüsch verschwand. — Mittwochabend um 11 1/2 Uhr wurde an der Ecke der Siegesallee und Baumfalkenallee der unbekannte Antonie Gerhardt aus der Gleditschstraße eine Handtasche, die vier Schlüssel enthielt, von einem unbekannten, im Alter von etwa 20 Jahren stehenden Mann gewaltsam entzogen. Der Täter schloß darauf in das Gebüsch nach dem Goldschneise zu. — Weiter wurde an der Haltestelle am Großen Stern einer Dame, die zu Besuch in Berlin weilte, die Handtasche von einem Mann entzogen, der nach den Zelten zu flüchtete, ohne daß es gelang, seiner habhaft zu werden.

Mit der peinlichen Ueberwachung der Marmorallee scheint also für die öffentliche Sicherheit doch nicht genügend gesorgt zu sein. Zahllose Polizeiträfte werden zur zwerflosen Ueberwachung von Streifposten und Arbeiterversammlungen verschwendet. Sollten die nicht bessere Verwendung im Tiergarten finden?

Von einer Feldbahn überfahren und auf der Stelle getötet wurde gestern nachmittag auf dem Terrain der neuen städtischen Gaswerke an der Regeler Chaussee der 33-jährige Arbeiter A. Er war bei den Aufschachtungsarbeiten für den angulegenden Kohlenhafen beschäftigt und begleitete als Brenner einen Feldbahnzug, mit welchem die ausgehobenen Sandmassen fortgeschafft werden. A. stand auf der Hinterplattform einer Sandbohr, stürzte von derselben ab und fiel so unglücklich, daß die nachfolgenden Wagen ihm über die Brust hinweggingen. Der Tod des Verunglückten trat auf der Stelle ein.

Ein rätselhafter Todesfall wird aus dem Norden Berlins gemeldet. Der 42 Jahre alte Barbier Hermann Wiesner wohnte bis zum Dienstagabend in der Reinholdsdorferstraße und bezog eine neue Schlafstelle in dem Hause Prinz Eugenstr. 23. Er begab sich abends gesund zur Ruhe und lagte auch am Mittwoch morgen nicht, als ihm die Wirtin den Koffer brachte. Als aber die Frau zur Mittagszeit von ihrer Arbeitsstelle nach Hause kam, fand sie ihren neuen Mieter als Leiche im Bett auf. Ein Arzt konnte die Ursache des plötzlichen Todes nicht erkennen, und die Polizei beschlagnahmte daher die Leiche zum Zwecke der gerichtsarztlichen Oeffnung.

Ein ärztlicher „Kunstfehler“.

Vor einiger Zeit ging die Meldung durch die Presse, daß ein Operateur nach einer vollzogenen Unterleibsoperation eine dabei verwandte kleine Schere vernichtet und nun in der Verfürung, daß die Schere im Körper der Kranken geblieben sei, den operativen Eingriff wiederholte. Inzwischen war das Werkzeug aber gefunden worden. Ungläubige Gemüter werden gewiß die Wahrheit dieser Meldung schnell bezweifeln. Sollte es überhaupt möglich sein, daß ein Instrument im Körper eines Kranken vergessen werden könnte? Doch diese seltsame Geschichte wird durch einen Vorgang übertrieben, der leider sich in der königlichen Charité zu Berlin ereignet hat.

Ende November v. J. mußte der Arbeiter W. P. aus der Adalbertstraße die Charité aufsuchen, weil sich bei ihm infolge

einer Rippenfellentzündung ein Eiterherd in der Brusthöhle gebildet hatte. Er kam in die chirurgische Abteilung und wurde Anfang Dezember operiert. In die Wunde wurde ein zirka acht Zentimeter langer und ein Zentimeter dicker Gummidrain eingezogen. Nach einigen Tagen entdeckten Arzt und Wärter, daß die Gummiröhre verschluckt worden war. Sie geblieben sein konnte, darüber mögen im Drange der Geschäfte keine allzu großen Betrachtungen angestellt worden sein. Die Wunde wurde besichtigt und verbunden, bis sie gegen Weisungen so leidlich verheilt schien, so daß der Kranke die Charité verließ. Wenige Tage darauf brach aber die Wunde unter großen Eiterentleerungen wieder auf. Der Kranke ging abermals in die Charité und wurde dort erneut bis Ende Februar d. J. behandelt, ohne Genesung zu finden. Ja, sein Zustand war bereits derartig bedenklich geworden, daß seine Familienangehörigen schon auf das Allerheste gefaßt, ihn aus der Charité in ihre Wohnung schaffen ließen, um ihn wenigstens in ihrer Mitte zu haben, falls er sterben sollte. Unter der sorgfältigen, aufopfernden Familienpflege erholte er sich jedoch wieder langsam und begab sich seiner Wunde wegen in ärztliche Behandlung. Heilung fand er aber nicht. Wiederholt hatte er unter Hinweis auf eigenartige Druckempfindungen in der Seite die behandelnden Ärzte darauf aufmerksam gemacht, daß vielleicht der feinerartig verschwandene Gummidrain noch in der Wunde liegen möge und dadurch die Heilung verhindert werde. Die betreffenden Herren Ärzte aber gingen über seine „laienhaften“ Hinweise lächelnd und achselzuckend hinweg. So qualte sich der Kranke dann bis im Juni hinein, bis er auf Anraten eines Freundes im jüdischen Krankenhaus der Auguststraße ärztliche Hilfe erbat und erhielt. Und sonderbar: Hier wurde jene 8 Zentimeter lange eiserne auf rätselhafte Weise verschwundene Gummiröhre aus der Wunde gezogen! Jetzt besserte sich der Zustand des Kranken zusehends, so daß er sich gegenwärtig verhältnismäßig wohl befindet.

Was aber hat der Mann durch den ärztlichen Kunstfehler monatelang erdulden und aushalten müssen! Wer weiß, ob er bei etwas schwächerer Konstitution die Leiden überstanden hätte, ob er nicht schon längst zugrunde gegangen wäre.

Ran wird dieses Vorkommnis mit dem berühmten bedauerlichen Jertum abzutun versuchen. Vergebens. Gewiß sind auch Ärzte Jertümern unterworfen, wenn ärztliche Jertümer auch von den Patienten häufig mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben bezahlt werden. Doch ein Versehen der vorliegenden Art, daß eine Röhre im Körper des Kranken blieb, obwohl das Verschwinden der Röhre gemerkt worden war, ist unerschöpflich. Was würde wohl mit einem Naturheilmittel und dem nicht approbierten Heilkundigen geschehen, wenn ihnen ähnliche Kunstfehler unterließen?

Alles automatisch! Das Tätigkeitsfeld des Automaten erweitert sich von Tag zu Tag. Automatisch wird schon längst Musik verkauft, automatisch kann man sich wiegen, photographieren und in letzter Zeit auch die Zukunft voraussagen lassen. Neuerdings macht der Automat auch schon dem „frischen Blumenhändler“ Konkurrenz. In den meisten größeren Berliner Tanzablenkungsstätten, an den Bahnhöfen usw. haben sogenannte Blumenautomaten Aufstellung gefunden, die gegen Einwurf eines Nickels eine frische Blume spenden. Der galante Abnehmer streckt seinen „Großes“ in den Spalt, zieht an einem Griff und eine sich drehende Trommel bringt an die große Öffnung des Automaten eine tauschende Blume. Auf sinnreiche Weise werden die Blumen innerhalb des Automaten feucht und frisch erhalten.

Reigen des Straßenbahn-Unfalls, der sich in der Berg- und Ede Handwerkerstraße zu Nizdorf in der Nacht vom 20. zum 21. Juni ereignete, werden erluchtet, sich bei Frau Mademacher, Berlin, Strellitzerstraße 65, zu melden.

Mütterabend — so nennen sich die von dem Verein Berliner Volksschullehrerinnen jeden Monat zweimal veranstalteten geselligen Zusammenkünfte, an denen Mütter schulpflichtiger Kinder und Lehrerinnen teilnehmen. Diese ebenso anregenden wie lehrreichen Abende sollen zunächst auf ein verständnisvolles und segensreiches Handinhandgehen von Schule und Haus in der Heranbildung und Erziehung der Jugend hinarbeiten, dann aber auch den fruchtbaren Austausch allgemeiner Interessen und neuer Ideen fördern helfen. Gewöhnlich findet bei diesen Zusammenkünften ein gemüthliches Kaffeetrinken statt.

Der aus der Anstalt Nummelsburg entwichene Jüngling Richard Sch. wurde in der Nacht zum Donnerstag in einem Hause der Dresdenerstraße von der Polizei aufgegriffen. Er bemühte einen Aufenthalt im Lazarett, um am 15. d. Mts. zu entlaufen. An der Anstaltsleitung mußte er bald erkannt werden; der geriebene Junge suchte daher ein Schillerbad am Götlicher Ufer auf, mißachte sich unter die badenden Knaben und zog sich alsbald in die Felsen zurück. Dort vertauschte er nicht bloß die Stranfleidung mit einem guten Anzuge, sondern stahl noch aus verschiedenen Taschen die vorhandenen Geldbeträge. So ausgestattet, trieb er sich planlos umher und nächtigte, wo er gerade einen passenden Ort fand.

Großfeuer auf dem Wedding. Mittwochnacht gegen 3 Uhr fand der Dachstuhl des Wohnhauses Magstr. 130, Ecke der Hennigsdorferstraße, in Flammen. Der Brand wurde erst bemerkt, als die Flammen schon aus dem Dache hell herausströmten. Die von mehreren Seiten alarmierte Feuerwehr fand bei ihrem Eintreffen bereits einen großen Brandherd vor. Die Bodenträume standen vollständig in Flammen, die Treppen waren verqualmt und das Vorgehen sehr erschwert. Die bedrängten Hausbewohner wurden beruhigt, und für den Abzug des Qualmes gesorgt. Die Beseitigung des Brandes war wegen der Ausdehnung desselben keine leichte. Die Flammen hatten an dem vielen Hausrat der zahlreichen Mieter und an dem Gebälk reiche Nahrung gefunden. Trotzdem gelang es, nicht nur das Nachbargrundstück zu schützen, sondern auch den Brand auf den Dachstuhl zu beschränken. Dieser war nicht mehr zu retten; er ist mit allem Inhalt vernichtet.

Erforscht hat den 34 Jahre alten Tischlermeister Emil Sauer in den Tod getrieben. Sauer wohnte mit seiner Frau und zwei Söhnen im Alter von 7 und 5 Jahren in dem Hause Behrebellenerstraße 89, während seine gutgehende Werkstelle in der Ruppinerstraße liegt. Mitbewohner des Hauses und Nachbarn hatten die Wahrnehmung gemacht, daß Frau Sauer um die Nachmittagszeit sehr häufig seit Ostern den Besuch eines Mannes empfing. In ihm haben Leute einen Wülfen aus der Anklamstraße erkannt, mit dem Frau Sauer es schon vor ihrer Verheiratung hielt. Am Ende der vorigen Woche fand sich ein Verdächtig, der dem Mann den geheimnisvollen Besuch meldete. Das führte zu einer scharfen Auseinandersetzung, und die Frau verließ am Sonnabend mit den beiden Kindern unter Mitnahme einiger Sachen die Wohnung. Diese Vorkommnisse haben den Mann derart erschüttert, daß er sich am Mittwochvormittag in seiner Küche erhängte. Als er nicht zur Arbeit ging, wurde die Wohnung geöffnet. Sauer war aber schon tot.

Einen kostbaren Silberfahel entdeckten Kriminalbeamte in einer Kaskette der Webersstraße, 100 verschiedene Einbrecher verurteilt. Dort wurde beobachtet, wie ein Einbrecher mit einem großen braunen Koffer zu einem Produktenhändler ging. Er wurde überfallen, als er den Silberfahel in dem Koffer zum Kauf anbot. Zuerst legte sich der Heißgenuß einen falschen Namen bei, wurde aber als der Vater Frank Walecki erkannt, der erst eben eine längere Nachtstrafe hinter sich hat. Er will erst aus dem Reinland hier eingetroffen sein und das Silber von dem „großen Unbekannten“ erhalten haben. Die Sachen sind aber zweifellos gestohlen aus einer Wohnung, deren Inhaber verurteilt sind und den Verlust noch nicht bemerkt haben. Das Silberzeug besteht aus silbernen Leuchtern, Brot-

entlassen worden.